

Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung an der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Unterhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 55

Montag, den 5. März 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Unter Teilnahme des Reichspräsidenten fand am Sonntag im Reichstag eine Toten-Gedenkfeier statt.
— Reichswehrminister Groener behandelte im Haushaltsausschuß des Reichstags in längerer Rede das Zusammenwirken von Heer und Flotte.
— Im Plenum des Reichstags leitete Minister Dr. Curtius die Beratung des Etats seines Ministeriums mit einer Rede über die deutsche Wirtschaftspolitik ein.
— Am Montag trat der Völkerbundsrat in Genf zu seiner 49. Sitzung zusammen.
— Die Werke der Berliner Metallindustrie sind am Sonnabend größtenteils stillgelegt worden.
— In Polen fanden am Sonntag Neuwahlen zum Landtag statt, denen in acht Tagen die Wahlen zum Senat folgen werden.
— Das französisch-spanische Längereinkommen ist in Paris paraphiert worden.
— Senat und Kammer in Frankreich haben die Zollnovelle angenommen.

Der Volkstrauertag in Berlin.

Würdige Ehrung der Gefallenen.

Das deutsche Volk im Reich, in Deutsch-Oesterreich und in den Kolonien fern der Heimat gedachte am letzten Sonntag der Toten und Gefallenen. Die Fahnen waren halbmast gehißt und die Kirchenglocken läuteten den Gefallenen landauf, landab ihren ehernen Gruß. In Berlin fanden sieben große Totenfeiern statt, während Flugzeuge mit Trauervimpeln über der Reichshauptstadt kreisten. Im Reichstag hatten sich Reichspräsident von Hindenburg, die Reichs- und Staatsregierung, Parlamentarier, die obersten Behörden der Stadt und der Kirche eingefunden, ferner eine Reichswehrabordnung mit 16 Fahnen der alten Armee. Nach kurzem ehrwürdigem Schweigen wurde die Gedenkfeier mit dem „Deutschen Gebet“ eingeleitet. Es folgten Darbietungen des Ersten Männergesangsvereins und Gebetreden des Präsidenten des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge Harrer Stiens und des Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes Dr. Kreuz. Beide Redner gedachten der Toten des Weltkriegs und fanden ehrende Worte für die gefallenen Söhne der deutschen Heimat, die nun in fremder Erde ruhen.

Pfarrer Stiens wies im weiteren Verlauf seiner Rede noch darauf hin, daß der Volkstrauertag noch immer nicht vor Entweihung geschützt sei, das deutsche Volk lasse es sich aber nicht nehmen, diesen Tag in Dankbarkeit und Treue denen zu weihen, die ihm alles gegeben hätten. Präsident Dr. Kreuz warf einen Rückblick auf die letzte große Heldenzeit und betonte, je mehr die Todesnot auf einer Nation wuchte, desto härter breche sich die Hoffnung Bahn und der Glaube an eine neue Auferstehung.

Trommelwirbel! Und dann erklang das Lied vom Kameraden, das draußen an den Fronten Erlebnis wurde und Inhalt bekam. Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die Gedenkfeier mit dem ersten Klängen des Trauermarsches aus dem Oratorium „Saul“ ihren Abschluß.

Eine neue Erklärung Gröners.

Der Reichswehrminister über die Lehren des Krieges.

Bei der Weiterberatung des Marine-Etats im Haushaltsausschuß des Reichstags kam es zu einer neuen ausgedehnten Debatte über den geplanten Neubau des Panzerschiffes „A“. Nach Ausführungen mehrerer Abgeordneter gab Admiral Zenker Auskunft über die bis 1932 aufgestellten Baupläne für den Panzerkreuzer und über die Verteilung der Arbeiten auf die beiden Werften Kiel und Wilhelmshaven, deren Aufrechterhaltung notwendig sei. Im weiteren Verlauf der Debatte nahm Reichswehrminister Groener noch einmal das Wort, um seine Stellung zur Flottenpolitik darzulegen. Er erklärte: „Ich will hier das ehrliche Geständnis ablegen, daß ich

unsere Vorkriegsflottenpolitik

für einen Fehler gehalten habe, nicht allein aus politischen Gründen, sondern in erster Linie aus militärischen, und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß diese Ansicht im Großen Generalstab vorherrschend war. Der alte strategische

Grundsatz, daß man zur Entscheidung nicht stark genug sein kann, und die Überzeugung, daß die Entscheidung auf dem Lande fallen müsse, ist die Ursache dieser Einstellung des Generalstabes gewesen.

Der Minister berief sich auf das Zeugnis des Grafen Schlieffen und kennzeichnete die Auffassung beim Generalstab während des Krieges dahin: Bei einem weniger starken Ausbau der Flotte zugunsten des Landheeres hätten vermutlich die entscheidenden Armeekorps auf dem rechten Flügel der Marneeschlacht nicht gefehlt. Das möge dahingestellt bleiben, die Verantwortlichkeit gebiete aber, festzustellen, daß der vom militärischen Gesichtspunkt aus unverständliche Nichterfolg der Flotte in der ersten Phase des Krieges mit der seiner Auffassung nach verfehlten Flottenpolitik nicht das geringste zu tun habe. Er sei vielmehr der Ansicht, daß die hervorragenden Leistungen der Flotte im Kriege nicht hoch genug anerkannt werden können und daß die Flotte im Rahmen des Möglichen alles getan hat, was man billigerweise von ihr verlangen konnte.“

Minister Groener beintete zum Schluß, nach diesem Glaubensbekenntnis werde man ihm Voreingenommenheit für die Flotte nicht vorwerfen können. Wenn er trotzdem aus vollster Überzeugung für das Panzerschiff eintrete, so geschehe das von militärischen Gesichtspunkten aus. Der Minister fuhr fort:

Der Vertrag von Versailles

läßt uns in der Frage „Land- oder Seemacht?“ gar keine Wahl. Selbst wenn wir kein einziges Schiff mehr auf See hätten, wäre uns nicht die geringste Verstärkung unseres Landheeres gestattet. Andererseits aber bedeutet eine im Rahmen des Versailler Vertrages modernisierte Flotte eine erhebliche Unterstützung für das Landheer. Ich gehe soweit, zu behaupten, daß die Flotte in einem der Konfliktfälle, wie ich sie in meinen Ausführungen zum Heeresetat als denkbar geschildert habe, und nur um solche kann es sich handeln, ein ganz entschiedenes Plus der Führung darstellt. In solchen Konfliktfällen gehören übrigens gerade Vorkommnisse, wie der Wilnafall und schließlich auch die Völkerbundsexekutive.

Die Eröffnung der Ratstagung.

Erörterung der St. Gotthard-Affäre am Dienstag? Ungarische Erwartungen.

Unter dem Vorsitz des Kolombiers Urutia wurde am Montag in Genf die 49. Tagung des Völkerbundrates eröffnet. Die Delegierten weilten größtenteils bereits am Sonntag in Genf. Chamberlain hatte seine Reise in Paris um mehrere Stunden unterbrochen, und sie dann nach einer Besprechung mit Briand fortgesetzt. Die Außenminister der Kleinen Entente hatten bereits im Laufe des Sonntags miteinander Fühlung genommen. Wie verstanden, dürfte sich der Rat mit der Waffenaffäre bereits am Dienstag in geheimer Sitzung befassen. Die ungarische Delegation rechnet mit der Anordnung einer Investigation gegen Ungarn, allerdings nicht in dem Umfang, wie sie von Seiten der Kleinen Entente angestrebt wird, wohl aber in der Form, daß eine aus Zollfachverständigen bestehende kleinere Kommission unter Führung eines Militärfachverständigen nach St. Gotthard entsandt wird.

Mussolini droht Oesterreich.

Die Rede in der Kammer. — Ankündigung neuer Unterdrückungsmaßnahmen in Südtirol. — Die Versprechungen der früheren Regierungen für nichtig erklärt!

Nach langem Zögern hat der italienische Ministerpräsident nun doch die Protestkundgebung des österreichischen Nationalrats gegen die Unterdrückung des Deutschturns in Südtirol beantwortet. Die Kammer war voll besetzt, ebenso war das diplomatische Korps fast vollständig erschienen. Die stille Hoffnung, Mussolini habe deshalb mit seiner Antwort gezögert, damit sich die Leidenschaften in Rom abkühlten, hat sich als trügerisch erwiesen! Mussolinis neue Rede ist so überheblich und anmaßend, daß die Erregung darüber in der deutschen Bevölkerung allgemein ist.

Mussolini leitete seine Rede mit den Worten ein, er habe sich Zeit zur Antwort genommen, weil er die Reden im Nationalrat erst im Wortlaut lesen und mit dem Gesandten in Wien besprechen wollte. Zum andern habe er der Angelegenheit aber auch keine allzu große Bedeutung geben wollen, denn Italien sei ein großes, starkes Land mit rund 42 Millionen Einwohnern, und Deutsch-Oesterreich sei eben das, was

es sei. Er hätte sich gefragt, ob es sich überhaupt lohne, zu antworten. Denn der österreichische Bundeskanzler Seipel, der so manche hervorragende Eigenschaften habe, nicht selbst das Wort genommen hätte, hätte er die Sache auch schwimmen lassen, aber heute antwortete er zum letzten Mal! Denn, wenn sich ein Vorfall sich noch einmal wiederhole, werde er die Fäden sprechen lassen, und das würde genügen!

Danach begann Mussolini eine Polemik gegen Deutsch-Oesterreich und Südtirol, die sich die Gedanken zu eigen machte, die die italienische Presse in den letzten Tagen vertreten hatte. Er meinte, eine internationale Südtiroler Frage gebe es nicht, dazu sei

die deutsche Minderheit in Südtirol gegenüber der italienischen Gesamtbevölkerung und im Vergleich zu den Millionen Deutschen in anderen Staaten zu gering. Mussolini zählte dann die „Wohlthaten“ auf, die Italien Oesterreich erwiesen haben will. Die faschistische Regierung respektiere peinlich genau alle Verträge, aber er müsse doch feierlich erklären, daß die jetzige italienische Regierung sich nicht im geringsten durch die von den früheren Regierungen Südtirol gemachten Versprechungen oder gar gegenüber Südtirol eingegangenen Verpflichtungen gebunden fühle!

Als sich der Belfall, mit dem die Kammer diese Ausführungen begleitete, gelegt hatte, behandelte Mussolini die Politik in Südtirol und leugnete jedwede schlechte Behandlung der Südtiroler ab, sagte aber kein Wort über den deutschen Privatunterricht und ebenso auch nicht über das Verbot des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Ferner verbat sich der Ministerpräsident jede „ausländische Einmischung“ in dieser Angelegenheit, und fuhr fort:

„Wenn die antiitalienische Kampagne jenseits des Brenners fortgesetzt wird, so ist das Schicksal aller deutschen Zeitungen in Südtirol vorgezeichnet: Sie werden unterdrückt werden. Was den Druck auf die „anderssprachigen Unterthanen“ betrifft, so muß man außerdem wissen, daß noch etwa 367 deutschsprachige Beamte in Bozen und 664 in der Provinz tätig sind. Da alles dies nicht eingespart wird, werden alle diese Elemente in der nächsten Zeit vor die Wahl gestellt werden, sich entweder in andere Provinzen des Reiches oder in den Ruhestand versetzen zu lassen.“

Mussolini beendete alsdann seine Rede mit einer „letzten Warnung“ des Inhalts, daß neue Kundgebungen die Drehung der faschistischen Schraube nur beschleunigen würden. Was gingen Italien die Wahlen in anderen Ländern an. Völkerbund und Genf seien leere Hoffnungen!

Als Mussolini die Tribüne verließ, stimmte die Kammer das Faschistenlied an.

Der Eindruck der Drohrede.

Scharfe Zurückweisung durch die reichsdeutsche Presse und die öffentliche Meinung Deutsch-Oesterreichs.

Die neue Drohrede und „letzte Warnung“ Mussolinis hat in der deutschen Bevölkerung Empörung und Entrüstung erweckt. Mussolinis Rede wird gekennzeichnet durch eine brutale Mißachtung deutscher Gefühle, durch Hohn und die Ankündigung, dem Südtiroler Deutschturn neue Ketten anzulegen! Das Vertrauen zu Italien ist erneut erschüttert, denn das ist unvermeidlich, wenn Mussolini die feierlichen Zusicherungen des italienischen Königs und der italienischen Regierungen vor ihm zynisch als null und nichtig beiseite schiebt! Wenn er glaubt, auf diesem Wege Südtirol seinem ferdinandischen Charakter nehmen zu können, wird er sich grob täuschen. Der Südtiroler ist hart und jäh, stark im Willen und fest in seiner Treue zum Deutschturn. Der deutschen Bevölkerung im Reich und in Deutsch-Oesterreich aber wird sein schwer geprüfter Volkstolz so erst recht ans Herz wachsen. Die Knechtung Südtirols gereicht Italien zur Schande und — zum Schaden!

Kundgebung des Klerus zu Südtirol.

— Wien, 5. März. Der deutsche Klerus der Diözese Trient hat an den Fürstbischof Erdositz des Erzbischofs gerichtet, beim Vatikan einen neutralen und deutsch-sprechenden Bischof für Südtirol zu erbitten. In einer Konferenz der Dekane erklärten sämtliche Anwesenden, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes in italienischer Sprache von der gesamten deutschen Geistlichkeit abgelehnt werde. Die Dekane ersuchten den Fürstbischof um Intervention beim Vatikan. Der Klerus des Dekanats Mals beschloß, sich durch kein Verbot von der Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache abbringen zu lassen.

Frühjahrsmesse in Leipzig.

Die Eröffnung der Messe. — Ueberfüllte Sonderzüge. Rekordergebnisse erwartet.

Am Sonntag wurde in Leipzig die diesjährige Frühjahrsmesse mit den üblichen Feierlichkeiten eröffnet. Der Andrang der Besucher war außerordentlich stark, auch war der Wettergott der Messe günstig gesinnt. Der Personen- und Güterverkehr, der schon in den letzten Tagen alle Erwartungen übertraf, erreichte Zahlen, die man bisher noch niemals vorzeichnen konnte. Die Sonderzüge waren so stark besetzt, daß sie zum Teil doppelt gefahren werden mußten. Die vermietete Ausstellungsfläche hat um rund 12 Prozent zugenommen. Auch innerhalb der ausländischen Messgruppen ist ein starker Zuwachs festzustellen. Nach den bisherigen Eindrücken ist man berechtigt, eine Rekordmesse sowohl hinsichtlich des Umfangs der Mess-Ausstellungen, als auch der Stärke des Messeverkehrs und der Größe der Messgeschäfte zu erwarten.

Politische Rundschau.

— Die neue Hamburger Bürgererschaft wählte in ihrer ersten Sitzung den Sozialdemokraten Leuteritz zum Präsidenten.

— Die schwebende Schuld Bayerns beträgt nach einer Mitteilung des Finanzministers 100 Millionen Mark.

Immer wieder Schießübungen im besetzten Gebiet. Nach einer Mitteilung des Generals Guillaumat an den Regierungspräsidenten in Trier wird die französische Besatzung vom 3. bis 15. März an sechs Tagen auf dem „Schießplatz“ Bellingen Artillerie- und Infanterieübungen abhalten. Der Schießplatz Bellingen liegt mitten im bebauten Acker- und Weinbergsgelände. Nicht daneben geht die viel befahrene Provinzialstraße, auch liegen bewohnte Höfe nahe der Gefahrengrenze!

Ernennung eines neuen englischen Rheinland-Kommissars? Englische Blätter beschäftigen sich mit der Wiederbesetzung des freigewordenen Postens des britischen Rheinlandkommissars in Koblenz und nennen dabei den Namen des Lords Schilston, der seit Januar in Kopenhagen tätig ist.

Aktien zum Jugendjuch.

— Berlin, 5. März. In Verbindung mit Mitgliedern der Landtagsfraktionen der Deutschnationalen, der Volkspartei, des Zentrums und der wirtschaftlichen Vereinigung hat Abg. Dr. Fassbender im Landtag eine große Anfrage eingebracht, in der die Staatsregierung ersucht wird, Abhilfe gegen die Ueberflutung der Großstadt durch der Jugend gefährlichen erotischen Erzeugnisse in Schaufenstern und Kiosken sowie an Altfaßsäulen zu schaffen.

Das badische Zentrum gegen Dr. Wirth.

— Freiburg, 5. März. Hier fand ein Landesparteitag des badischen Zentrums statt, dem eine Sitzung des Zentralkomitees vorausging. In einer vom Komitee veröffentlichten Erklärung wird die Haltung Dr. Wirths im Schulkampfe kritisiert und betont, er hätte in der Fraktion mitarbeiten, und mit der Badischen Landespartei Fühlung nehmen müssen.

Ausland.

— In Belgien ist eine Exdientenkommission polnischer Offiziere eingetroffen.

— Die luxemburgische Kammer nahm einen Gesetzesentwurf an, durch den die Steuern für 1928 allgemein um 10 Prozent gesenkt werden.

— In Polnisch-Weißrußland sind umfangreiche Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen worden.

Zuletzt über Polens Antwort an Litauen.

Der polnische Außenminister Kaleski, der gegenwärtig in Genf weilt, kam in einer Unterredung auf den litauischen Vorschlag zu sprechen, die polnisch-litauischen Verhandlungen am 30. März in Königsberg aufzunehmen, und meinte hierzu, wenn auch die polnische Regierung diesem litauischen Vorschlag noch nicht zugestimmt habe, so werde sie es doch sicherlich tun, denn eine negative Behandlung des litauischen Vorschlags könne leicht den Vorwand zu weiteren Verzögerungen bilden. — Wie verlautet, will Polen die litauische Note erst nach der Rückkehr Kaleskis aus Genf beantworten.

Nein Wahlgeheimnis bei den polnischen Wahlen!

— Katowisz, 5. März. Western fanden in Polen die Wahlen zum polnischen Landtag statt. Der Kampf gegen die deutschen Minderheiten wurde bis zur letzten Minute rücksichtslos fortgesetzt! Auf Anordnung des Generalkommissars in Warschau wurde die Verwendung von Wahlzettel verboten, so daß die Wähler die Wahlzettel vor dem Tisch der Wahlkommission in einen Umschlag stecken mußten. Von einer Wahrung des Wahlgeheimnisses konnte somit keine Rede sein.

Das Langerabkommen unterzeichnet.

— Paris, 5. März. Nach rund 18monatiger Dauer haben die französisch-spanischen Verhandlungen über die Aenderung des Langerstatuts mit der Unterzeichnung eines Abkommens durch Briand und den spanischen Botschafter ihren Abschluß gefunden. Spanien hat zwar nicht viel erreicht, ist jedoch zufrieden. Es erhält größere Befugnisse in der Verwaltung und stellt fortan auch den Gendarmerie-Befehlshaber. Im England und Italien für die Aenderung des internationalen Statuts zu gewinnen, wurden diese Mächte aufgefordert, Sachverständige nach Paris zu entsenden.

Aus der Heimat.

Die langen Nachmittage im Vorfrühling.

Bevor es Uhren gab, richtete sich der Mensch in seinen Zeitbestimmungen gewöhnlich nach dem Schatten eines Stabes, der am kürzesten war, wenn die Sonne ihre höchste Stelle inne hatte; dann war Mittag. Dies Verfahren ging so lange, bis es auf genaue Zeitangaben ankam.

Unsere Sonne — in Wirklichkeit die Erde — läuft nicht immer gleich schnell, denn sie steht ihr bald näher, bald entfernter. Ferner steht die Erdbahn schräg zur Ebene des Himmelsäquators, was ebenfalls Ungleichheiten hervorruft. Die durch die Erdrotation entstehenden wahren Sonnentage unterscheiden sich in ihrer Länge zwar höchstens um 51 Sekunden, trotzdem aber ist der Astronom hiermit für die Festlegung unserer Uhrzeit nicht zufrieden, sondern er konstruiert sich eine künstliche Sonne. Diese erdichtete mittlere Sonne läuft mit gleicher Geschwindigkeit im Himmelsäquator, so daß Tag für Tag sich gleich sind. Die Zeiten nach der wahren und mittleren Sonne müssen sich naturgemäß in den einzelnen Jahresabschnitten unterscheiden; ihre Differenz nennt man Zeitgleichung, die im Februar und November etwa eine Viertelstunde betragen kann. Viermal im Jahre fallen wahre und mittlere Zeit zusammen.

Um in ganz Deutschland gleiche Uhrzeit zu haben, rechnen wir nach dem Meridian, der durch Stargard und Görlitz geht. Orte, die östlich von ihm liegen, haben eher Mittag als Stargard, westliche später. In Berlin z. B. findet der Mittag im Durchschnitt 6 Minuten 25 Sekunden später als dort statt, in Königsberg 21 Minuten 59 Sekunden früher und in Aachen 35 Minuten 42 Sekunden später. Vereintgen wir die Zeitgleichung und den Zeitunterschied zwischen der mitteleuropäischen Zeit und der Ortszeit, so bekommen wir z. B. für Berlin folgendes Resultat: Am 12. Februar zeigt die Uhr in Stargard 12, während die wahre Sonnenzeit 11 Uhr 45,6 Minuten beträgt. In Berlin war es jedoch erst 11 Uhr 39,2 Minuten und in Aachen 11 Uhr 9,9 Minuten! So hatten wir schon um diese Zeit Mittag, womit der Nachmittag begann. Er wurde daher an diesem Tage in Berlin um 21 und in Aachen um 50 Minuten verlängert!

Je weiter wir nach Westen kommen, desto länger werden die Nachmittage. Ende Februar betrug für Berlin die Verlängerung der Nachmittage noch 19 Minuten, Mitte März wird es sich nur noch um eine Viertelstunde handeln, auch sie wird vier Wochen später allmählich verschwinden. In Aachen sind die Nachmittage dann noch um 36 Minuten länger als die Vormittage. Im November verhält sich die Sache umgekehrt, weil die wahre Sonne eher durch den Meridian geht, als die Taschenuhr anzeigt. Wir haben dann scheinbar lange Vormittage und kurze Nachmittage. Die langen Nachmittage treten nach obigem nur etwa westlich vom 15. Längengrad (Stargard-Görlitz) ein. Die wahre Sonnenzeit können wir stets an einer richtig aufgestellten und gut konstruierten Sonnenuhr ablesen.

Vom Volkstrauertag. Dem Gedächtnis der im Kriege Gefallenen galt der gestrige Sonntag. Die Hauptfeier in unserer Stadt war auf die Gottesdienste gelegt, wo die Geistlichen in ergreifenden Worten der im Kriege gebliebenen lieben Anverwandten gedachten. In der Stadtkirche wohnte die Garnison dem Gottesdienste bei. Nachher fand am Dragonerdenkmal eine Kranzniederlegung statt. Die Traditionschwadronen, der Dragonerverein und die Vereinigung Fredericus Rex legten hier Kränze nieder. Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten marschierte nach dem städtischen Friedhof und schmückte dort das Denkmal auf dem Heldenfriedhof mit einem Kranz.

Tödlicher Unglücksfall. Ein folgenschwerer Unglücksfall, welcher ein Menschenleben forderte, ereignete sich Freitag vormittag in der Lindenallee. Der Fuhrmann Schäfer, welcher den Straßenkehrer der Stadt abfährt, fuhr mit seiner Tochter eine Fuhrerische ab. In der Lindenallee gab kurz hinter dem Wagen ein Auto Warnungssignale. Hierdurch gingen die Pferde durch, und Schäfer fiel nach vorn vom Wagen. Er hielt jedoch die Leine fest und wurde dadurch ein Stück mitgeschleift, bis ihn ein Rad erfaßte und dieses ihn über den Fuß ging. Das Fuhrwerk kam dann zum Stehen. Die Tochter war inzwischen hinten vom Wagen abgesprungen. Da dem Verunglückten die Verletzungen nicht so schwer erschienen, ließ er sich von seiner Tochter auf den Wagen heben und fuhr dann erst die Fuhrer ab. Zu Hause stellten sich dann größere Schmerzen ein, und der Verunglückte mußte das Bett aufsuchen. Nach kurzer Zeit ist dann der überall bekannte Fuhrmann Sonntag früh an den Verletzungen gestorben.

Schon wieder die Bahnstrahlen durchfahren! Zum zweitenmal in kurzer Zeit wurden die geschlossenen Schranken am Bahnübergang an der Schwedt-Wieradener Chaussee von einem Auto durchfahren. Sonnabend abend kurz vor Passieren des Zuges fuhr ein Auto durch die geschlossenen Schranken, im selben Augenblick fuhr der Zug über die Chaussee. Wie durch ein Wunder kamen die Insassen des Autos mit dem bloßen Schrecken davon, während der Chauffeur nur einige Verletzungen durch die zerbrochene Windschutzscheibe davontrug. Es hätte ein großes Unglück geschehen können, wenn die Drähte an den Schrankenbäumen nicht gerissen wären. Es ist die Ansicht vieler, daß die Schrankenbäume statt weiß-rot, weiß-schwarz gestrichen werden müßten, denn schwarz fällt mehr ins Auge. Von weitem verschwindet das weiß-rot durch die weiß erscheinende Chaussee fast gänzlich; die Warnungstafeln sind ja auch schwarz-weiß gestrichen.

Aufnahmeprüfung am Gymnasium. Der Direktor des Reformrealgymnasiums teilt uns mit, daß die Aufnahmeprüfung der Schüler und Schülerinnen, die für die Sexta des Gymnasiums angemeldet worden sind, am Freitag, den 9. März, um 9 Uhr vormittags im Gebäude der hiesigen höheren Mädchenschule stattfindet.

Vom Tabak berichtet die „Süddeutsche Tabakzeitung“ aus Mannheim: Die Nachfrage nach Schneidgut und Zigarettenmaterial ist andauernd gut, am meisten wird nach farbigem Schneide- und Spinnmaterial gefragt, und kamen darin auch wieder erhebliche Abschlässe zustande. Der Absatz in der Rauchtabak- und Zigarettenindustrie ist auch zufriedenstellend, jedoch wird über die Zahlungsweise des Kleinhandels vielfach sehr geklagt. Von bauerlicher Seite werden in den Versammlungen auf dem Lande alle möglichen Zoll- und Steueranträge gestellt zur Verbesserung der Lage des Inlandtabaks gegenüber dem ausländischen und sind auch derartige Anträge an die zuständigen Stellen im Reich abgegangen. Das Rippengeschäft ist bei unveränderten Preisen andauernd ruhig.

Von der kleinen Strafkammer zu Prenzlau. Das Amtsgericht in Schwedt hatte den Kriegsgeschädigten K aus Schwedt wegen Betruges in 17 Fällen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. K hat das Vermögen vieler Personen um kleinere Beträge geschädigt durch Vorspiegelung falscher Tatsachen. Der Angeklagte beschränkt seine Berufung auf das Strafmaß. Die Berufung des Angeklagten wird auf seine Kosten zurückgewiesen.

Arbeitsverhandlungen in Angermünde. Der Deutsche Landarbeiterverband hat an das Ackerbaugewerk (Kreislandbund) Angermünde den Antrag gestellt, die Löhne der Arbeitnehmer der Landwirtschaft im Kreise Angermünde zu erhöhen. Durch die Vermittlung des Verbaunders ländlicher Arbeitgeber wird nun am Dienstag in Angermünde eine Verhandlung über eine solche Lohnerhöhung stattfinden.

Handwerkskammer-Wahlen. Zur Durchführung der angeordneten Ergänzungswahlen zur Handwerkskammer hat der zum Wahlkommissar bestellte Landrat in Angermünde jetzt die Stimmzettel an die Obermeister der Handwerkerinnungen, die in den Kreisen Angermünde und Prenzlau ihren Sitz haben, gesandt. Von den beiden Stimmzetteln ist der eine für die Wahl des Mitgliedes und der andere für die Wahl des Ersatzmannes bestimmt. Gültig sind die Stimmzettel nur, wenn sie sorgfältig ausgefüllt sind und wenn sie dem Wahlkommissar bis zum 18. dieses Monats zurückgesandt werden.

Nahausen Am. (Waldbrand.) Freitag wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung von der Revierförsterei Roderbed angerufen. Es fanden etwa zwei Morgen Buchtangenholz in Flammen. Der Brandherd lag an der Straße von Nahausen nach Ripperröse. Dem schnellen Eingreifen der Uchdorfer Feuerwehr war es schon gelungen, den Brand zu erlöchen, so daß die Nahausener Wehr nicht erst in Tätigkeit zu treten brauchte. Landstreicher sollen dort durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer den Brand verursacht haben.

Eberswalde. („Oberbürgermeister.“) Dem Magistrat ist folgender Erlaß zugegangen: Es wird hiermit genehmigt, daß für die Stelle des Ersten Bürgermeisters der Stadt Eberswalde die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“ durch Gemeindecbeschuß eingeführt wird. Berlin, den 16. Februar 1925. Das Preussische Staatsministerium des Innern.

Eberswalde. (Großfeuer.) Die in der Nähe des Bahnhofes gelegene Dachpappenfabrik von Häfcher u. Hoffmann wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Die nachts 1.20 Uhr alarmierte Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen ein erhebliches Feuer vor; die Flammen schlugen bereits zum Dachstuhl des brennenden Gebäudes heraus. Es brannte ein altes Gebäude, das früher als Betriebsleiterwohnung benutzt worden war und jetzt als Lagerraum diente. Es ist ein Raum in einer Größe von 40 Quadratmetern, sowie auch die Zwischendecke und die Dachkonstruktion in einer Größe von 100 Quadratmetern ausgebrannt bzw. verbrannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Schöffen- und Geschworenenwahl.

Gleichmäßige Heranziehung aller Bevölkerungsschichten. Der preussische Justizminister über das neue Wahlverfahren.

Der preussische Justizminister hat eine für weiteste Bevölkerungsschichten bedeutsame Verfügung erlassen, in der etwa folgendes ausgeführt wird:

Dem Grundgedanken, auf dem die Einrichtung der Schöffengerichte und der Schöffengerichte beruht, können diese Gerichte nur dann gerecht werden, wenn nach Möglichkeit alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig als Geschworene und Schöffen herangezogen werden. Gleichwohl sind wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß die Arbeiter im Verhältnis zu anderen Berufsständen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden seien. Vom Justizminister veranlaßte Feststellungen haben ergeben, daß diese Klagen, wenigstens für eine Reihe von Bezirken, begründet sind. Aufgabe des Amtsrichters als Vorsitzenden des für die Wahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Ausschusses wird es sein, zur Beilegung dieses Mißstandes in den Ausschussungen stets mit Nachdruck auf die Wichtigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der Schöffen und Geschworenen auf alle Bevölkerungsschichten, insbesondere auch auf die Arbeiterschaft, hinzuwirken. Bei vielen Amtsgerichten ist die Zahl der jährlich auszuwählenden Schöffen und Geschworenen so groß, daß es nicht möglich ist, die Wahl auf solche Personen zu beschränken, die den Mitgliedern des Wahlausschusses bekannt sind. Besonders zweckmäßig erscheint daher das folgende — schon in einigen Bezirken geübte — Verfahren:

Es findet zunächst eine Sitzung des Ausschusses statt. Die lediglich für die Vorbereitung der Wahl bestimmt ist. In dieser Sitzung benennen die Ausschussmitglieder Personen, die sie für die Wahl vorzuschlagen beabsichtigen, und zwar in einer über den tatsächlichen Bedarf hinausgehenden Zahl. Ein Verzeichnis der benannten Personen wird sodann der Gemeinde- und der Polizeibehörde übersandt. Demnach findet eine zweite Sitzung des Ausschusses statt, in der — nach Bekanntgabe der polizeilichen Bemerkungen — die Mitglieder ihre endgültigen Vorschläge machen und daraufhin die Schöffen und Geschworenen gewählt werden. Unter Umständen kann es auch genügen, daß die Ausschussmitglieder Personen, die sie vorzuschlagen beabsichtigen, dem Vorsitzenden schriftlich mitteilen.

Sei vorsichtig
es gibt nur einen echten
Kathreiners Malzkaffee!

Eine Protestkundgebung in Angermünde.

Handel, Handwerk und Gewerbe gegen die drückenden Lasten.

Die von den mittelständischen Berufsorganisationen des Kreises Angermünde einberufene Notstands-Kundgebung fand gestern in Angermünde statt. Die Not in allen Kreisen der selbständigen Berufstätigen ist so groß, daß keiner mehr aus noch ein weiß. So wurde denn diese Kundgebung geboren, um endlich auf diese Weise den Behörden zu zeigen, daß es nicht mehr weiter geht, daß keiner mehr weiter kann.

Der große Saal des Hotels „Berliner Hof“ war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Bühne nahmen die Einberufer und die geladenen Gäste Platz. Von den Behörden waren Landrat Freiherr von Erffa, der Vorsteher des Finanzamtes Angermünde, Regierungsrat Cirsovius, und der Angermünder Bürgermeister Mundt erschienen. Außerdem waren drei Landtagsabgeordnete, zwei Zentrumsmitglieder und ein Demokrat, sowie als Vertreter der Landwirtschaft der Geschäftsführer Masberg vom Ackerbaugewerk Angermünde zugegen.

Bald nach 3 Uhr eröffnete der Verhandlungsleiter, Dreßcher (Angermünde), die Versammlung. Er begrüßte die Erschienenen und die Gäste und sagte, daß die Not die Veranlassung gegeben hätte, diese Versammlung einzuberufen. Die selbständigen Existenzen seien am Ende ihrer Kraft angelangt. Viele Handwerker hätten keine Arbeit mehr, Pfändungen für Steuern u. dergl. seien täglich zu erwarten. Die Landwirtschaft, unser Brudervolk, sei in die größte Not geraten, und die Folge sei, daß wir, als mit ihnen verbunden, in die gleiche Not geraten seien. Landvolk in Not — Stadt in Tod! Wir wollen Schulter an Schulter mit der Landwirtschaft um unsere Existenz kämpfen. Was ist zu tun, was kann uns helfen? Diese Fragen seien es, die uns beschäftigen. Die öffentlichen Lasten sind zu groß. Steuern wollen wir zahlen, wir verlangen aber gebührende Rücksichtnahme auf Handel, Handwerk und Gewerbe. Die Kommunen müssen größte Sparsamkeit üben. Helfen können uns nur langfristige Kredite zu günstigen Bedingungen.

Hierauf nahm Landrat Freiherr von Erffa das Wort. Er sagte, er sei gern gekommen, weil er die Not im Kreise mitfühle. Unser Kreis stehe und falle mit der Landwirtschaft und dem Mittelstande. Er freue sich, daß beide zusammenhalten. In den großstädtischen Kreisen sei es den meisten nicht klar, daß beide zusammengehören. Soweit der Kreis es könne, wolle er helfen. Aber die Mittel des Kreises seien beschränkt, denn Sie sind der Kreis. Geht es Ihnen gut, dann geht es auch dem Kreise gut, geht es Ihnen schlecht, dann geht es auch dem Kreise schlecht. Der Provinziallandtag hatte bei dem Einreichen des Hilfstelegramms der Angermünder Mittelständler schon den Etat abgeschlossen, sich aber trotzdem mit der Frage einer Hilfsaktion beschäftigt. Die Provinz plane die Einleitung einer Kreditaktion, die zu billigen Zinsfuß nicht zu große Kapitalien an den notleidenden Mittelstand abgeben will. Ein entsprechender Betrag zum Ausgleich des Zinsverlustes sei bewilligt worden. Aber die Provinz könne auch nicht viel tun, denn auch sie sei arm geworden, als man ihr große Teile nahm und diese Berlin einverleibte. Sie werde sich aber stets ihrer Aufgabe bewußt bleiben. Ausreichende Hilfe könne aber nur von größerer Seite kommen.

Das Referat des Tages hatte Syndikus Zimmermann vom Gewerbebund Brandenburg übernommen. Er erklärte die Not des Mittelstandes als eine Folge der verkehrten Weise in den letzten zehn Jahren. Eine Notstandsaktion ist Handwerk, Mittelstand und Landwirtschaft müssen auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Durch Kredite verschulden die Betriebe immer mehr. Der Steuerausgleich, auch den speziellen Bedürfnissen der Kleinstädte mehr angepaßt werden. Diese können nicht einmal ihre Straßen pflastern, vielweniger sich noch etwas anderes leisten. Schwedt hat 900 %, Oderberg 750 %, Angermünde 700 %, Bieraden 700 % Gewerbesteuer! Wo soll das hin? Weitere Anspannungen sind nicht mehr möglich. Ein jeder muß sich sagen, hier stimmt etwas mit dem Finanzausgleich nicht. Dieser ist zu stark zugeschnitten auf die Großstädte. Die Abgeordneten kennen das platte Land nicht, höchstens vom D. Zuge aus oder in Garnisch-Partenkirchen oder in anderen Kurorten. Die neue Beamtenbesoldung drückt die in Vorbereitung stehenden städtischen Etats sehr. Bei der großen Not im Lande hätte eine Erhöhung der Beamtengehälter bis Gruppe 6 genügt. Das Gewerbe fragt sich, wo soll das Geld herkommen? Die Kommunen müssen wieder das Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer erhalten. Zuerst kann wohl dem Mittelstand mit Krediten geholfen werden, dann muß aber ein Abbau der ganzen Steuerlast erfolgen. Jetzt wird die Ertragsfähigkeit der Betriebe durch die vielen Steuern zu sehr beeinträchtigt. Was wird aus den kleinen Städten, wenn Handwerk und Gewerbe verschwinden? Man sieht es an Schwedt, wo durch das Verschwinden der Tabakindustrie die hohe Gewerbesteuer von 900 Prozent entstanden ist. Was soll hier werden? Der Redner kam dann auf die Aufgaben der Gesetzgebung zu sprechen. Auch die Einfuhr aus dem Auslande muß beschränkt werden. Die Landwirtschaft braucht zu ihrer Erhaltung einen ausreichenden Zollsatz. Verdient der Landwirt wieder, dann macht auch der Gewerbetreibende wieder ein Geschäft. Wozu müssen manche schon im Februar Maltafarstoffe essen? Wozu brauchen wir jetzt Blumen aus dem Auslande? Wir bezahlen diese Einfuhr mit dem Schicksal unserer Währung. Diese Versammlung muß ein Auffadern sein für ein Zusammenarbeiten aller Volkskreise und Stände. Der Kampf gegen die Not des Mittelstandes soll ein Kampf für die Wirtschaft sein und für das gemeinsame Vaterland. Deutscher Mittelstand, sehe Dich durch zum Segen der kommenden Geschlechter und des Vaterlandes!

Der Vortrag wurde mit rauschendem Beifall aufgenommen. Dann ging es in die allgemeine Aussprache, in der zuerst der Handwerksvertreter des Zentrums, Landtagsabgeordneter Fink, das Wort nahm. Er forderte stärkeren Zusammenschluß des Mittelstandes und Verringerung der staatlichen und städtischen Betriebe, mit Ausnahme der lebensnotwendigen, Gas, Wasser usw.

Nach ihm nahm sein Kollege Haupt von der Demokratischen Partei das Wort. Er bezeichnete als Hauptschwierigkeit,

worunter der Mittelstand leidet, den hohen Zinsfuß von 12 % und mehr für Kapitalien. Er forderte dann auf, mehr Handwerker in die Parteien zu schicken, dann würden deren Forderungen auch genügend Berücksichtigung finden. Ein Entlastungssturm erhob sich, als er erklärte, daß sehr wesentliche Erleichterungen in den Gewerbesteuern schon durchgeführt worden seien! Als er sich dann noch die Redewendung erlaubte, bei 900 Prozent Gewerbesteuer könne man keine Sportplätze und dergl. bauen, da war es mit der Ruhe der Erschienenen vorbei und seine weiteren Ausführungen gingen in der Unruhe im Saale und durch die Zwischenrufe der Anwesenden verloren.

Winkelmann (Oderberg) verlas einen offenen Brief an die Parlamente, in der er die Gewerbesteuer als ein Uebelbleibsel einer alten Zeit bezeichnete. Es gebe keine Steuer, die unbegründeter als die Gewerbesteuer sei. Auch der Staat müsse für seine Betriebe Gewerbesteuer zahlen.

Giesen (Schwedt) wandte sich gegen die Erklärungen des Abgeordneten Haupt bezüglich der Ausgaben der Stadt Schwedt bei 900 Prozent Gewerbesteuer. Er erklärte, der Abgeordnete wäre nicht imstande, vom Etat das geringste abzustreichen. Unsere ganze Industrie sei zusammengebrochen, die Landwirtschaft nicht mehr lauffähig, 10 Prozent der Bevölkerung arbeitslos! Die Stadt habe nichts verschwendet. Herr Giesen trat dann für einen losen Zusammenschluß der Mittelstandsvereine im Kreise ein. Einigkeit macht stark!

Geschäftsführer Masberg vom Ackerbaugewerk Angermünde überbrachte die Grüße der Landwirtschaft und freute sich, daß endlich der Mittelstand den Mut gefunden habe, eine Kundgebung zu veranstalten. Handel, Handwerk und Gewerbe müßten zusammenhalten, sie seien aufs engste miteinander verbunden. Herr Masberg lud dann die Gewerbetreibenden zur Teilnahme an dem am 12. März in Angermünde stattfindenden großen Ummarsch des Landvolkes ein. Beide seien in Not, beide müßten diese Not auch öffentlich zeigen.

Einen unerfreulichen Ton machte ein Oderberger Redner in die Aussprache, der gegen andersgläubige Geschäftsleute in gehässiger und beleidigender Weise herzog und dadurch die Herausforderung der ganzen Versammlung herausbeschwor. Als er bei Fortsetzung seiner Rede in gleicher Weise weiter sprach, entzog ihm der Vorsitzende das Wort.

Dieser unangenehme Zwischenfall hatte zur Folge, daß die Aufmerksamkeit der Versammlung abgelenkt war und auf das Weiter nicht mehr so recht geachtet wurde, besonders, da auch die Zeit der Schwedter zur Abfahrt bedenklich nahegerückt war. Es sprach noch ein Lunower Vertreter für einen festen Zusammenschluß zwischen Stadt und Land. Dann verlas der Vorsitzende eine Resolution, die an alle Behörden abgeandt werden soll. Diese enthält die bekannten Forderungen von Handel, Handwerk und Gewerbe auf Steuererleichterungen, Herabgabe von billigen Krediten, Einschränkung der kommunalen Ausgaben, Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Berufssteuer usw.

Diese Entschliebung wurde angenommen, dann schloß der Versammlungsleiter nach einem Schlusswort des Syndikus Zimmermann die Kundgebung.

Wünschen wir ihr etwas Erfolg, und wenn es nicht mehr ist, so doch das eine, daß es mit den Steuern nicht höher hinauf geht. Und ein weiteres ist der Anfang der Einigung im Mittelstande. Sollte sich dieser mehr auf sich selbst besinnen und treu zusammenhalten, dann ist der gestrige Tag nicht umsonst gewesen, dann müssen die Behörden in ihren Beschlüssen mit dem Mittelstand rechnen. Und das ist schon ein gewaltiger Schritt vorwärts.

Große Notstandsgebungen pommerischer Wirtschaftskreise.

In allen pommerischen Kreisstädten fanden Sonnabend vormittag große Kundgebungen der schaffenden Stände statt, die vom Landbund einberufen waren und von allen Kreisen des städtischen Handwerks, der Gewerbetreibenden, Kaufleute usw., sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, kräftig unterstützt wurden, mit dem Ziele, der Schicksalsverbundenheit von Stadt und Land in dieser Notzeit machtvollen Ausdruck zu verleihen.

Wie weit die Teilnahme auch der von der Not der Landwirte schwer betroffenen städtischen Kreise an diesen Kundgebungen ging, dafür spricht, daß die Kaufmannschaft in verschiedenen pommerischen Städten beschloß, während der Kundgebung ihre Geschäfte geschlossen zu halten.

Aus Vertretern der bei den Kundgebungen beteiligten Kreise wurden Abordnungen gewählt, die noch einmal in Berlin bei den Regierungsstellen und bei den Parteien die Notstandsfordernungen nachdrücklich vertreten sollen. Den Behörden wurden Entschliebungen des Landbundes unterbreitet, in denen es heißt:

Wir können und werden keine weiteren Zahlungen an die öffentliche Hand leisten, wir können und wir werden keine weiteren Käufe tätigen, wir sind nicht gewillt, Zwangsmassnahmen weiterhin zu ertragen. — Weiter fordert die Entschliebung Niederschlagung aller öffentlichen Lasten für die deutsche Landwirtschaft bis zur Sicherung gerechter Lebensgrundlagen für alle ihre Glieder.

Für Greifenhagen wird die Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung, die auf dem Hafenplatz stattfand, mit über 3000 angegeben. Ein besonderer Demonstrationzug war nicht, die Teilnehmer marschierten nach Schluß der Versammlung aber in geschlossenen Zügen zum Bahnhof.

In Gartz a. D. nahmen an der Landvolkkundgebung auf dem Marktplatz etwa 500 bis 600 Personen teil. Die Redner forderten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft; als Vertreter der Kaufmannschaft und der Gewerbetreibenden legte Kaufmann Braun (Gartz) dar, wie alle Erwerbszweige von der Landwirtschaft abhängen. Anschließend fand ein Ummarsch durch die Straßen der Stadt statt.

Sport.

Hoden. Männerturnverein Schwedt gegen Tennisclub Westend 9:0 für Schwedt (Halbzeit 5:0). Das gestrige Freundschaftsspiel gegen die erste Herrenmannschaft des Tennisclub Westend brachte dem M. T. V. Schwedt nach einem flotten, energischen Spiel einen verdienten hohen Sieg. Die Gäste waren unserer Elfi in keiner Weise gewachsen. Obgleich sie bis zum Schluppspiß mit aller Gewalt versuchten, wenigstens das Ehrentor zu erzielen, konnten sie doch eigentlich nie unserer Hintermannschaft irgendwie gefährlich werden. Der Sieg ist umso mehr anzuerkennen, wenn man bedenkt, daß unsere Mannschaft im vorigen Jahre in Berlin von demselben Gegner einwandfrei 5:0 geschlagen wurde.

Bereinsmeisterschaftskämpfe im Sportklub „Hilke“. Im Ringkampf: Leichtgewicht: Seiler—Greifenberg, Sieger Seiler in 2½ Minuten; 2. Mittelgewicht: Freund—Meier, Sieger Meier in 7½ Minuten. 3. Ausscheidungskampf Buzel—Meier, Sieger Buzel in 5 Minuten. — Im Vorkampf: 1. Federgewicht: Schulz—Bentert, Sieger Bentert, 1 Runde 1. o.; 2. Weltergewicht: Müde—Mitte, Sieger Müde nach Punkten; 3. Halbschwergewicht: Huht—Hubrich, Sieger Huht in der zweiten Runde durch Aufgeben Hubrichs; 4. Ausscheidungskampf im Federgewicht Wallentin—Bentert, Sieger Bentert in der zweiten Runde, 1. o. 5. Grosenid („Union“, Stettin) gegen Lipke (Schwedt), Sieger Grosenid in der zweiten Runde durch Aufgeben Lipkes.

Die Vorkämpfe in der Dortmunder Westfalenhalle am 11. März stehen jetzt endgültig fest. Im Mittelpunkt des Programms stehen die drei deutsch-englischen Kämpfe Europameister Nag Schmeling gegen Ted Moore, Mittelgewichtsmeister Domgörgen gegen George West und Adleman gegen Alf Bright.

22. Feiertliche Verpflichtung der Berliner Olympia-Ruderer. Im Berliner Herrenhaus fand die feierliche Verpflichtung der für die Olympiavorbereitungen des Deutschen Ruder-Verbandes vorgesehenen 67 Berliner Ruderer statt. Mit der Feier wurden die Olympioniken auf die unbedingte Innehaltung der strengen Trainingsvorschriften verpflichtet. Sämtliche Berliner Rudervereine hatten zu der Feier ihre Vertreter größtenteils mit Banner entsandt. Die Verpflichtung der Olympioniken erfolgte durch Handschlag, und im Auftrage der Aktiven gelobte Arno Breitmeier (Berliner Ruderclub) die Innehaltung der Trainingsvorschriften. In gleicher Form fand übrigens auch die Verpflichtung der Kölner Ruder-Olympioniken statt.

22. Ermeister Köhler in der Fliegengewichtsklasse. An dem letzten Vorkampftage in Dresden sollte der Kampf um die deutsche Fliegengewichtsklasse ausgetragen werden. Der Ermeister Köhler erhielt aber schon vor dem Kampf den Titel, da der bisherige Titelhaber Harry Stein das zulässige Körpergewicht um acht Pfund überschritten hatte. Gleichwohl traten die beiden Athleten zu einem kurzen, aber harten Kampf an. Stein war stets im Vorteil und hätte zweifellos einen überlegenen Sieg errungen, wenn er nicht in der vierten Runde auf den am Boden liegenden Köhler eingeschlagen und dadurch seine Disqualifizierung herbeigeführt hätte.

22. Rekordschwimmerin in Ruhrort. Die deutsche Meister-Schwimmerin Leni Erlens-Oberhausen unternahm einen Angriff auf den deutschen Rekord im 100-Meter-Damen-Freistilswimmen. Mit 1:14 Minuten schlug Fräulein Erlens den bisherigen Rekord von Lotte Lehmann-Dresden um acht Sekunden und ist jetzt Inhaberin aller deutschen Freistilrekorde von 100—400 Meter.

Letzte Nachrichten.

Otto von Glasenapp †.

Berlin. In der Nacht zum Sonntag ist der frühere Vizepräsident der Reichsbank Otto von Glasenapp gestorben. Glasenapp hat sich von dem Autounfall, den er im Januar erlitten hatte, nicht mehr recht erholen können.

Kunstraub auf Bestellung.

Berlin. Ein großer Skandal, der in den Kunstkreisen der Welt ungeheures Aufsehen erregen wird, ist von der Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Der bekannte Kunsthändler Friedrich Wilhelm Lippmann wurde in einem Hotel am Anhalter Bahnhof unter dem dringenden Verdacht verhaftet, an der Entwendung zweier wertvoller Altarbilder beteiligt zu sein. Es handelt sich bei dem Diebstahl um zwei Altarflügel aus der ehemaligen Kapelle des Schlosses Rabolzburg bei Fürth in Bayern, die von Lucas Cranach dem Älteren stammen sollen. Die Kunstwerke haben einen Wert von Hunderttausenden. Mit Lippmann, der nach seiner Verhaftung zusammengebrochen ist und ein Geständnis abgelegt hat, wurde sein Freund, der Münchener Kunsthändler August Meier, festgenommen, ferner ein Einbrecher, der 25 Jahre alte Hermann Jahn.

Liebestragödie.

Berlin. In der Nacht zum Sonntag erlitten auf einem Revier in Reutlin der 45 Jahre alte Kaufmann Fromm und teilte mit, daß sich seine 20 Jahre alte Braut Käthe Dorn im Plänterwald erschossen habe. Die Polizei vermutet, daß Fromm seine Braut erschossen hat, aber nicht mehr den Mut fand, sich das Leben zu nehmen. Bis zur völligen Klärung der Angelegenheit ist der Kaufmann in Haft behalten worden.

Die Sejmwahlen in Polen.

Warschau. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen in Polen hat die deutsche Wahlgemeinschaft in Ostoberschlesien einen starken Stimmenzuwachs erhalten, ohne jedoch neue Mandate gewonnen zu haben. Dagegen hat die Minoritätenliste in den Wahlkreisen Dirschau und Bromberg je ein Mandat gewonnen.

Warschau. Die Ergebnisse von den Wahlen in Polen liegen noch nicht vor. Nach den bisher eingegangenen Meldungen soll der Regierungsblock gute Erfolge erzielt haben, auch die Kommunisten haben gut abgeschnitten.

Absturz eines Flugzeuges.

New York. Ueber San Diego in Kalifornien stürzte ein Flugzeug aus 500 Fuß Höhe ab und wurde völlig zerstört. Fünf Insassen wurden getötet.

Bom Rino.

Schützenhauskino. Nur noch heute das wunderbare Schauspiel „Die Bekehrte“ in 7 Akten.

Aus Stadt und Land.

Selbstmordversuch einer Schauspielerin. In Berlin unternahm kürzlich in der Nacht die Schauspielerin Hilde Hildebrand in ihrer Wohnung einen Selbstmordversuch. Sie öffnete im Badezimmer den Gasofen und durchschnitt sich außerdem die Pulsadern. Eine in der Wohnung weilende Kollegin fand die Künstlerin auf und alarmierte sofort einen Arzt. Der Beweggrund zur Tat ist noch nicht geklärt, dürfte aber in einer Herbenkrankheit zu suchen sein.

Seltene Ehejubiläumfeier. Der preussische Ministerpräsident hat den Eheleuten Klaus Detler und Elise Kathjen in Kellinghusen (Schleswig-Holstein) anlässlich ihrer 65jährigen Ehejubiläumfeier ein Glückwunschschreiben und ein Ehrengeld überreichen lassen.

Zuchthausurteil gegen Spritschieber Kopp. Nach mehrwöchiger Verhandlung im Berufungsprozess über die Spritschiebungen des Chemikers Kopp verurteilte die Große Strafkammer des Landgerichts II in Berlin den ins Ausland geflüchteten Hauptangeklagten Kopp wegen Anstiftung zur öffentlichen Falschbeurkundung in gewinnstüchtiger Absicht zu drei Jahren Zuchthaus und 100 000 Mark Geldstrafe. Der Oberkollisionspeltor Dwehl erhielt 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus, 3 Millionen Mark Geldstrafe oder weitere 3 Monate Zuchthaus, 950 000 Mark Wertersatzstrafe oder einen we-

teren Monat Zuchthaus. Das Gericht empfahl Dwehl, die Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe zu beantragen.

Ein Kraftwagen in voller Fahrt explodiert. Auf der Chaussee zwischen Müncheberg und Strausberg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Führer eines Lastautos der Reichspost beobachtete, wie ein vor ihm fahrendes schweres Personenauto plötzlich in voller Fahrt explodierte. Der Fahrer, der allein in dem Wagen saß, wurde herausgeschleudert. Das Auto ist durch die Explosion vollständig zerstört worden.

Das Ferngespräch nach Amerika wird billiger. Am 4. März trat im Fernsprecherkehr Deutschland—Amerika eine Gebührenermäßigung ein. Ein Dreiminutengespräch zwischen Deutschland und der ersten Zone von Amerika kostet ab dann nur noch 207 statt 330 M., jede weitere Minute 69 M. Die Vorausmeldegebühr, die bei dem Nichtzustandekommen eines Gespräches erhoben wird, ermäßigt sich von 50 auf 25 Mark.

Das Unglück auf der Zeche Ewald. — Der Tiefenanzeiger war fehlerhaft. Unter Vorsitz des Ministerialrats Hahfeld und unter Teilnahme der Staatsanwaltschaft tagte auf der Zeche Ewald Fortsetzung die Gruben-Unfallkommission, um die Untersuchung des Fördererungslüdes zum Abbruch zu bringen. Es wurde festgestellt, daß es sich bei der Fördermaschine

zwar um eine alte Maschine handelt, daß sie aber nach jeder Richtung hin den bergbauzeitlichen Vorschriften entprochen hat. Weder den Fördermaschinen noch die Bedienungstrifft irgend eine Schuld an dem Unglück. Es wurde festgestellt, daß sich die Antriebschnecke des Tiefenanzeigers festgesetzt hat, so daß der Stand der Fördertrifft auf dem Tiefenanzeiger falsch angezeigt wurde. Der Maschinist mußte infolgedessen annehmen, daß die Körbe noch 356 Meter Fahrt zurückzulegen hatten. Der Maschinist erhielt erst Kenntnis von dem schweren Unglück durch den furchtbaren Schlag, den der unter die Fangstähne gehende Förderkorb verursachte.

Der Duisburger Kohlenchiebungsprozess hat keinen Abbruch gefunden. Das Urteil lautete auf Verwerfung der Berufung im Falle Hedermann. Von Deel wurde wegen verbotener Ausfuhr zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Meine Nachrichten.

* Der französische Arbeitsminister Lardieu hat dem Reichsarbeitsminister ein Beileidstelegramm zu dem Fördererungslück auf der Zeche Ewald übermitteln lassen.

* In Zwickau wurde der Stadtverordnete Böffel aus Planitz mit seiner Tochter auf dem Soziasitz seines Motorrades von der Straßenbahn erfasst und überfahren. Beide waren sofort tot.

* Der tschechische Bergarbeiterstreik konnte nach längeren Verhandlungen in Prag beigelegt werden.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Brandenburg

Gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts. —: Direktion Frankfurt (Oder). Fernsprecher Nr. 4161—4165.

Leben — Unfall — Haftpflicht — Autolasto — Krankenversicherung. :: Haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter an allen Orten gesucht.

Auskunft gern und kostenlos durch: **Bezirksdirektion Walter Buchholz, Prenzlau, Steinstraße 419, Fernsprecher 636.**

Bekanntmachung.

Die Fürsorgesprechstunden am 15. und 20. März 1928 fallen aus. Diese Tage waren irrtümlich angegeben.

Im Monat März finden die Fürsorgesprechstunden statt am Donnerstag, den 8. März 1928 und am Donnerstag, den 22. März 1928

für Jungenkranke von 11 1/2 — 1 1/2 Uhr (altes Rathaus), für Säuglinge von 3 — 5 Uhr (altes Rathaus).

Schwedt, den 29. Februar 1928.

Der Magistrat.
Albrecht.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Montag, den 5. März, um 8 Uhr abends findet im Hotel „Zum Markgrafen“ eine

öffentliche Versammlung

statt.

Als Redner ist Herr Dr. Stadler gewonnen, der über das Thema sprechen wird:

Wie kann die Rentabilität der deutschen Wirtschaft wieder hergestellt werden?

Unsere Parteifreunde aus Stadt und Land werden freundlichst gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Deutschnationale Volkspartei.

Freiwillige Sanitätstolonnen vom Roten Kreuz zu Schwedt.

Montag abend 8 Uhr:

Übung im „Vaterland“.

Wachtung! Mitglieder der Roten Hilfe! Zur Abholung unseres Gesonnen Robert Kuber am Dienstag, den 6. März abends vom Bahnhof ersuchen um volljährige Beteiligung. Antreten um 6 Uhr im „Deutschen Haus“. Die Ortsleitung, Bartel.

Kanth. Mohrrübenjamen Schauer. in bekannter Güte ab Lager Schwedt und Bierwagen gibt ab

Gelegenheitskäufe.

Neue Damast-Bettwäsche, weiße Kinderdrabstettstelle, gutes rotes Küchenschiff, Tische, Stühle, 1 Großstuhl, Spiegelschrank mit Spiegel, Serviertisch, Bücherständer, 2 Nachtschränken, Bettstellen mit und ohne Matratzen, Feldbettstellen, Versto, sehr gute Wand- und Tischlampen, verschiedene guterhaltene Schnürstiefel, für 14—15 Jahr, schwarze Rodanzüge für große Figur, sehr alte Geige, Flöte, Harmonika (zweireihig), Waschmaschine, großer Waschkessel, fast neuer Handwagen, 7—8 Zentner Tragkraft, Knabenschlitten und andere Sachen werden billigst verkauft.

Schwedter Altwaren-Geschäft Jüdenstraße 10, Eingang Präsidentenstraße.

Schützenhaus = Lichtspiele.

Nur noch heute, Montag.



in *Liebelei*

Arthur Samplers großes Bühnenwerk in 7 Akten. Neueste Wochenchau. Passende Musik dazu von verstärkter Kapelle Knorte.

Anfang 8 Uhr. Lichtspiele. Anfang 8 Uhr

Nur heute, Montag, Heran Vorken in:

Die Flammen lügen.

Weitere Mitwirkende: H. A. von Schlettow, Grete Wosheim, Ruth Weyher, F. von Allen u. a. m.

Dubi und Post, Lustspiel in 2 Akten. — Ufa-Wochenchau. Im afrikanischen Tiergarten, Kulturfilm.

Ab Dienstag Doppelprogramm: Der Todesritt von Little Big Horn. — Charleys Tante.

Wo kauft man zur Maharbeit erstklassige Stoffe für Anzüge, Mäntel und Kostüme zu billigsten Preisen bei Teilzahlung bis fünf Monate **Im Wadhener Tuchlager,** Vertreter Hans Meinhardt, Schwedt a. Oder, Berliner Straße 40, Fernsprecher Nr. 91. Verlangen Sie sofort meinen Besuch und überzeugen Sie sich von der Güte der Waren.

Zahlstelle

für den Bezirk Schwedt

an organisatorisch und akquisitorisch gewandten Herrn von bekanntem Versicherungsunternehmen zu vergeben. Fachmann aus der Kleinlebens- oder Bestattungsversicherungsbiranche bevorzugt. Günstige Tarife, weitgehendste Unterstützung, Direktionsvertrag. Angebote erbeten unter Jb. 731 an Invalidentarif, Annoncen-Expedition, Berlin W. 9.



Gestern früh 3 Uhr entfiel uns der Tod infolge Unglücksfall meinen lieben Mann,

den Landwirt

Karl Schäfer

im 72. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Marie Schäfer.

Schwedt, den 5. März 1928.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. März, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Plinkenberg, aus statt.

M. G. B. „Eintracht“

Heute abend 8 Uhr außerordentliche

General-Versammlung

im „Schwarzen Adler“, Bahnhofstraße. Der Vorstand.

Erbitte

Umprefshüte.

Neueste Ausprobierformen vorrätig.

Anna Kattner,

Berliner Straße 24, zwei Treppen.

Wenn Schmerzen leiden

Jetzt muß Carmol ins Haus!

Carmol tut wohl!

Bei Erkältungskrankheiten: Rheuma, Hezenschuß, Genick-, Kreuz-, Kopf- und Zahnschmerzen, einfachem Husten und Schnupfen. Preis Mk. 0,75, 1,50, 2,75, 4.—. Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Carmol-Fabrik, Rheinhorn (Mark).

Bestimmt vorrätig:

Schloß-Drogerie, Berl. Str. 3.

Kuhmilch

zu haben. Rahter, Berliner Str. 36.

Einentragigen Zehrling

für Schmiede und Schlosserei stelle sofort ein. Kost und Logis frei.

Franz Lau, Giddichow a. O.

Fortzugshalber beabsichtige ich meine beiden Wiesen Sandseewiese Nr. 5 (1 ha 76 a 90 qm) und Gerchtswiese Nr. 36 (39 a 61 qm) zu verp. oder auf mehrere Jahre zu verp. O. Flacke, Provilantmstr. i. H., Prinz-Heinrich-Straße 25.

Schloßwiesenader, gedüngt, verpachtet Spitzel, Markt.

Mittelbruch verpachtet G. Gabriel, Berl. Allee 20

fast neuer Kinderwagen zu verkaufen. Finger, Brückenstr. 1.

Ferkel verkauft Duckert, Dragonerstraße

Kirchliche Nachrichten von Schwedt.

Synagoge.

Purim Montag (5.), abends 5.45. — Dienstag (6.), morgens 7.30.

Wasserstand.

| Ober bei Schwedt (Schleuse) | | | |
|-----------------------------|-------------|------------|------------|
| Westoder | am 2. 1,16 | am 3. 1,10 | am 5. 1,06 |
| Ostoder | am 2. 1,70 | am 3. 1,60 | am 5. 1,44 |
| Niedertränig | am 2. 3,00 | am 3. 2,88 | am 5. 2,96 |
| Breslau | am 29. 0,50 | am 1. 0,38 | am 2. 0,36 |
| Brieg | am 29. 2,46 | am 1. 2,48 | am 2. 2,49 |
| Frankfurt | am 1. 2,57 | am 2. 2,46 | am 3. 2,32 |
| Müstrin | am 29. 2,81 | am 1. 2,67 | am 2. 2,57 |

Wetterdienst.

Temperatur: Montag früh 8 Uhr 1 Grad, mittags 12 Uhr 6 Grad.

Barometerstand: Montag früh 8 Uhr 762,1, mittags 12 Uhr 762,2.

Wettervorhersage für Dienstag: Weiterhin beständiges Wetter, nur etwas Bevölkerungszunahme.

Die Märztagung des Rates.

Am Montag trat der Völkerverbund in Genf zu seiner 49. Tagung zusammen, in der die Führung der Weltpolitik durch die Völker der alphabetischen Reihenfolge von dem chinesischen Vizepräsidenten Tschen-Loh auf den Gefandten Kolumbiens, Krutka, übergeht, der mit Stolz seine altindianische Abstammung hervorhebt. Zur Debatte stehen aber ausschließlich europäische Angelegenheiten, in die der Widerstand der Versailler Neuordnung unseres Erdteils hineinspielt. Neufährlich kommt die Bedeutung der neuen Ratstagung schon dadurch zum Ausdruck, daß die Außenminister der großen Mächte diesmal auch ihre vertrautesten Berater mit nach Genf genommen haben. Das gilt sowohl von Dr. Stresemann als auch von Briand und Chamberlain. Nach den bisherigen Dispositionen möchte man die neue Ratstagung möglichst in etwa acht Tagen zu Ende führen.

Deutschland ist an der Märztagung des Rates hauptsächlich wegen der grundsätzlichen Entscheidung der Investitionsfrage interessiert. Was bedeutet Investition? Es ist ein Fremdwort, das dem Völkerverbund ein bedeutames Recht gibt, nämlich das, auf Antrag irgendeiner Macht die Entwaffnung oder die militärischen Vorgänge eines anderen Landes zu kontrollieren. Grundsätzlich soll die Investition also dem Frieden und der Sicherheit dienen und ausgetauchte Befürchtungen zerstreuen. Bisher hat der Völkerverbund von diesem Recht noch keinen Gebrauch gemacht. Es war der Kleinen Entente vorbehalten, erstmals die Frage der praktischen Anwendung der Investition aufzurollen.

Die Hintergründe des Vorstoßes der Kleinen Entente sind bekannt. In St. Gotthard wurde eine falsch deklarierete Sendung angehalten, von der man nicht wußte, woher sie kam und wohin sie ging. Als man den dunklen Fall untersuchte, ergab sich, daß Maschinengewehre im Wagen waren, die von Italien nach dem befreundeten Ungarn gingen. Da Ungarn aber nach den Bestimmungen des Friedensvertrages keine Waffen einführen darf, schlug die kleine Entente Alarm und setzte es schließlich durch, die Waffenaffäre vor den Rat zu bringen. Deutschland betrachtet die Handlungsweise Ungarns als töricht, weil die militärische Ungleichheit durch einen noch so schwunghaften Waffenschmuggel niemals ausgeglichen werden kann. Der Hebel ist vielmehr ganz wo anders anzufassen und das Ziel der Politik kann nur die Aufhebung der einseitigen Abrüstung bilden. Dem aber wird mit dunklen Geschäften nicht abgedient.

Andererseits muß man bei ruhiger Ueberlegung aber auch eingestehen, daß kein Anlaß dazu vorlag, die St. Gotthard-Affäre zu einer Staatsaktion aufzubauen, von deren Ausgang das Wohl und Wehe ganzer Staaten abhängt. Das Investitionsrecht des Völkerverbundes besteht, die früheren Mittelmächte haben sich dadurch von der entscheidenden Militärkontrolle losgelöst, aber es ist selbstverständlich, daß die Investition nur aus zwingendem Anlaß angewandt werden darf. Daß die von Ungarn überaus eilig beschafften Waffen von St. Gotthard aber eine Kriegsgefahr darstellten, wird man im Ernst wohl auch in Paris und Prag nicht glauben.

Der St. Gotthard-Kummel bildet vielmehr nur eine Kulisse, hinter der andere Dinge inszeniert werden. Einmal hat sich die französische Rechte weidlich der Sache angenommen, um eine Investigations-Generalprobe gegen Deutschland abzuhalten, zum anderen kam der Konflikt aber auch der Kleinen Entente sehr gelegen, weil man hier ein Mittel gefunden hatte, um auf Ungarn einen Druck auszuüben. Neben der St. Gotthard-Affäre beschäftigt den Rat nämlich auch

der ungarisch-rumänische Optantenstreit, der Rumänien mit Millionenzahlungen zu belasten droht, die es nicht aufbringen will, vielleicht auch nicht aufbringen kann. Da dem ungarisch-rumänischen Optantenstreit aber ein ungarisch-rumänischer aus dem Fuße folgen wird, ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die kleine Entente mit dem St. Gotthard-Alarm ungarische Zugeständnisse in der Optantenfrage herauszujagen will!

Jedenfalls möchten an dem St. Gotthard-Feuer mehrere Mächte ihre Suppe kochen, wer daher das Rennen machen wird, ist heute noch nicht vorauszusehen. Deutschland braucht in der St. Gotthard-Affäre keine führende Rolle zu spielen. Ungarn hat an Italien einen festen Rückhalt und dürfte auch von England unterstützt werden. Daß wir aber keinen Anlaß haben, die Investitionsmaschine in Gang zu bringen, bedarf wohl keiner langen Darlegungen und sollte auch in Paris verstanden werden. Verschärft wurde der Konflikt noch durch den Gegenzug Mussolinis, der plötzlich drehend gegen Deutsch-Österreich die Faust erhob und wegen der Südtiroler Kundgebung des österreichischen Nationalrats mit dem Säbel raffelte.

Von den übrigen Punkten der Ratstagung ist Deutschland in zwei Fragen interessiert, die Danzig und die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien betreffen, ferner an der Neuwahl der Saarkommission, gilt es doch, einen Ersatz für den ausgeschiedenen deutschfeindlichen Belgier Lambert zu finden. Daß Dr. Stresemann außerdem auch in der Abrüstungs- und Rheinlandsfrage Briand manches zu jagen hat, liegt auf der Hand. Vor den Wahlen sind in der Minderheitsfrage irgendwelche Entscheidungen jedoch nicht zu erwarten. In dieser Hinsicht kann es also in Genf nur Vorberedungen geben.

Englands Pläne in Ostafrika.

Deutsche Protestkundgebung gegen die Einverleibung unserer früheren Kolonien in den Besitz der Kolonialmächte.

Unter Vorsitz des Gouverneurs a. D. Meyer-Waldeck veranstaltete die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin eine eindrucksvolle Kundgebung gegen die Einverleibung früherer deutscher Schutzgebiete in den Kolonialbesitz der Mandatsmächte. Das Hauptreferat hielt

Gouverneur a. D., Dr. Schner,

der auf die englischen Pläne hinwies, das jetzige Mandatsgebiet Deutsch-Ostafrika mit der britischen Ostafrika-Kolonie so unlösbar zu verbinden, daß es auch für eine künftige britische Regierung, die etwa die Kolonie wieder an Deutschland herausgeben möchte, unmöglich sei, dies auszuführen.

Hedner erklärte, durch derartige Methoden solle dem deutschen Volk endgültig der Weg abgeschnitten werden zur Wiedergewinnung des für seine Erhaltung notwendigen Bodenertrags über See.

Nach weiteren Ausführungen von Abgeordneten der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde einstimmig folgende

Entschließung

angenommen:

Die zu einer von der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft veranstalteten Kolonialkundgebung in Berlin versammelten deutschen Männer und Frauen aller Volksschichten und Parteien erheben einstimmig Protest gegen die in letzter Zeit immer deutlicher zutage tretenden Bestrebungen, unter Verletzung der Bestimmungen der Völkerver-

bundfassung deutsche unter Mandatsverwaltung gestellte Kolonien ihres Charakters als Mandatsgebiete zu entfremden und fremden Staaten einzuverleiben. Sie richten daher an die deutsche Reichsregierung die Aufforderung, den Völkerverbund auf die dem Mandatsystem drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und zu verlangen, daß die deutschen, unter Mandatsverwaltung gestellten Kolonien der Bestimmungen der Völkerverbundfassung entsprechend und unter völliger Wahrung ihres Mandatscharakters verwaltet werden.

Landtag und Krauß-Prozeß.

Erklärungen des preussischen Justizministers Dr. Schmidt.

— Berlin, den 3. März 1928.

Der Landtag setzt heute die Justiz-Debatte fort. Abg. Bräcker (Soz.) spricht dem Justizminister, der am 5. März das erste Jahr seiner Amtstätigkeit vollendet, den Dank und die Anerkennung seiner Partei für seine bisherige Tätigkeit aus. Als notwendig bezeichnet er eine menschlichere Gestaltung des Strafvollzugs und vermehrte Heranziehung von Arbeitern zu den Schüssen- und Gewahrsams-Aemtern.

Abg. Südde (Dnt.) bedauert, daß die Verlesung heute allzusehr politisch eingeleitet sei. Die Weisung müßte besser vorbereitet werden. Die Richter müßten besser beauftragt werden. Hedner trägt dann noch Beamtenwünsche für Richterflieger und Justizwachtmeister vor. Mit Bemerkungsausschüssen müsse man vorsichtig umgehen.

Justizminister Dr. Schmidt

denkt für die ihm ausgesprochene Anerkennung und recht danach näher auf den Krauß-Prozeß ein. Die in diesem Prozeß behandelten Dinge hätten ihn als Mensch am meisten erregt und mit lebhaftem Bedauern erfüllt wegen der Auswirkungen des Prozesses auf die gesamte Bevölkerung, auf die Jugend und auch auf die Justiz. Er habe es für erforderlich gehalten, sich kurze Zeit durch Anhören der Hauptverhandlung ein unmittelbares Bild zu verschaffen. Die Anklage gegen Krauß sei vor ihrer Zustellung dem Justizministerium nicht bekanntgegeben worden. Wäre das geschehen, so hätte eine Verhandlung vom Justizministerium erfolgen müssen. Er glaube sagen zu können, daß die Staatsanwaltschaft von Anfang an ohne Schaden für das Verfahren in weiterem Umfange und mit größerem Nachdruck auf den Ausschluß der Öffentlichkeit hätte hinarbeiten sollen. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Was die Vorverurteilung betreffe, sei sie gerade im Interesse des Angeklagten erfolgt. Grundsätzlich allerdings verdiene der Angeklagte den Vorzug. Der Minister macht dann davon Mitteilung, daß seit längerer Zeit Verhandlungen darüber schwebten, ob nicht die Möglichkeit geschaffen werden könne, auch Angeklagte zwischen 18 und 21 Jahren durch das Jugendgericht abzurufen zu lassen. Die guten Eigenschaften eines modernen Richters seien Staatsstreue, Unbefedlichkeit und Verschiedenheit.

Zu dem traurigen Kapitel der Einrichtung des Mörders B. i. d. r. spreche er nur ungerne. Er lehne wirklich nicht danach, Todesurteile vollstrecken zu lassen, aber im Fall Mörders habe zur Wahrung der Staatsautorität alles geschehen müssen, um zu verhindern, daß ein Richter der dem Mörders im mitgeteilten Durcheinander verurteilt wurde. Selbst der Verteidiger des Mörders habe angeben müssen, daß ein Grund zur Wiederannahme überhaupt nicht vorzulegen habe.

Die Angelegenheit der Behebung der Senate bei den Oberlandesgerichten mit fünf Richtern werde demnächst der Reichsregierung unterbreitet werden. Bezüglich der

Behandlung der Untersuchungsgefangenen habe eine Besprechung mit dem Präsidenten der Strafvollstreckung unter den Umständen ergehen, durch besondere Einrichtung der Zellen, besondere Kleidung und Verpflegung dem Zustand der Untersuchungsgefangenen Rechnung zu tragen und sie von den Strafgefangenen zu unterscheiden.

Abg. Dr. Crayer (Ztr.) dankt dem Minister für seine bisherige Tätigkeit. Er bedauert ferner, daß gerade beim Justizhausakt allzusehr gelpart werde. Das gelte besonders für die Besoldungsverhältnisse.

Die Liebe des Geigerkönigs Radangi

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL

(30)

(Fortsetzung.)

Radangi zuckte die Achseln. „Das kann die Komtesse Warren halten, wie es ihr beliebt!“

„Soll ich ihr das als endgültig bestellen, Elemer?“

„Ja!“

„Wenn es dich reuen sollte —!“

„Es wird mich nicht reuen.“

Es war Besuch für den Meister gekommen. Stefan rief nach dem Wädchen, er möchte sich ins Haus begeben. Als Haller zurückkam, lehnte Radangi gegen eine der harzigen Kiefernstämme, beide Hände vor das Gesicht gedrückt. Der Meister blickte nicht mehr nach rückwärts. Er konnte das nicht mehr mit ansehen. Hallend ging er ins Haus.

Bankier Ballin lag erschöpft auf der Ottomane seines großen Arbeitsraumes, der auf die Terrasse nach dem Park zu ging. Er hielt das Börseblatt in der rechten und die Zigarre zwischen den Fingern der linken Hand. Aber sie glühte nicht mehr. Er sog daran, ohne es so recht eigentlich zu merken. Als seine Frau in das Zimmer trat, legte er mechanisch Zeitung und Zigarre auf das Tischchen nebenan. „Nun?“ Alice beugte sich über den Gatten und strich ihm das leichtergraute, dunkle Haar zurück.

Er zog sie mit beiden Händen zu sich nieder und küßte sie. „Gottlob, daß wir wieder allein sind. Ich sage ja gewiß nichts über deinen Bruder und nehme auch die kleine Ellen noch gerne mit in den Kauf. Aber die Lamine, die sich hinter beiden herwälzte, das war beinahe unerträglich! — Mir wenigstens ist der Trubel schon auf die Nerven gegangen.“

Die junge Frau lehnte sich lachend gegen ihn und er rückte bereitwillig etwas gegen die Wand, um ihr Platz zu machen. „Es tut mir leid, Egon —“

„Er tut dir eben nicht leid, mein Liebes. Ich glaube, es ist dir fast ein Bedürfnis und ich merkte, daß du überaus glücklich

warst, das Haus bis an den Dachstuhl voll Gäste zu haben. — Mir war es gräßlich! Ich habe auch Elemer nicht begriffen. Der schwamm mit in diesem Durcheinander und ließ sich schöne Worte sagen und zu guter Letzt ist er jetzt so weit, daß er eben das Versprechen, hinüberzukommen, nicht mehr zurücknehmen kann. Er hat mir gestern gesagt, er würde dieser Tage reisen. Haller fährt schon morgen. Sie geben zusammen in Hamburg noch ein oder zwei Konzerte!“

Alice Ballin legte die Wangen gegen die Stirne des Gatten. Ihre Hände strichen über sein schmales, glattrasiertes Gesicht. „Er wird reich werden drüben!“

Ballin nickte. „Er ist es schon!“

„Gegen keine Wände bei dir?“

„Ja!“

„Du hast sie doch vollständig sicher angelegt?“

„Du kannst beruhigt sein. — Ganz sicher!“

„Man hört...“

Sie hielt inne. Er liebte es nicht, in Geschäftssachen mit ihr zu sprechen. Heute fing er selbst davon zu reden an.

„Es kriecht beängstigend!“

Sie sah ihn erschrocken an. „Das heißt?“

„Es tracht bedenklich,“ vervollständigte er.

Sie wurde ganz weiß. „Egon! — Wenn wir wirklich auch zu Fall kommen, nicht wahr, das tußt du mir nicht an, daß du auch die Hand wider dich hebst, wie der Bankier Lubert!“ Sie preßte ihn aufweisend mit beiden Armen gegen sich. Er legte die seinen um ihren Körper. Sie fühlte, wie erregt sein Atem ging.

„Was bliebe mir sonst übrig, geliebtes Weib?“

„Ich!“ sagte sie noch immer weinend und ließ ihn nicht frei. Er hob ihr Gesicht empor. „Sei ohne Sorge. Wir stehen so fest wie je. Ich brauche nicht einmal mit deinem Gelde zu rechnen!“

„Nimm alles! Harald gibt dir, so viel du benötigst!“

„Ich danke dir, mein Liebes. Aber ich benötige nichts. Wirklich nicht. — Nur — es ist schrecklich. Ein Geschäftsfreund hat es mir gestern anvertraut. Dir Firma Gersdorff steht knapp vor dem Sturz.“

Sie schrie beinahe auf. Gersdorff war eine der ersten Banken. Die Ballins unterhielten regen Verkehr mit der

Familie. Alice preßte die Hände ihres Mannes gegen ihre Brust. „Zieht er viele mit sich ins Unglück?“

„Unendlich viele. Es wird eine Menge von Selbstmorden geben in Wien und auswärts. Auch — auch. — Ich kann dir den Namen heute noch nicht sagen, Alice — nein, nein, ich kann nicht. Es wird womöglich sein ganzes Hab und Gut unter den Hammer kommen... Und wird doch alles umsonst sein. Wenn ihm nicht einer unter die Arme greift, wird er zum Bettler!“

Sie frug nicht. Er hatte scheinbar in der Erregung schon mehr gesagt, als er sagen wollte, denn er schob sie von sich und bat, sie möchte ihn ein bißchen allein lassen jetzt. „Bei Tisch bin ich dann wieder bei dir, kleine Frau!“ Er drückte seine Lippen auf ihre Hand.

„Darf ich Elemer zu uns bitten für die paar Tage, die er noch in Wien ist?“

Er nickte. „Ja, tu's. Dann hast du auch Gesellschaft und ein bißchen Ablenkung. Ich werde viel im Geschäft sein müssen.“

Sie küßte ihn und dann noch einmal und wieder. Er sah ihr nach, wie sie über die Stufen der Terrasse nach dem Park ging. „Armer, kleiner Hascher!“ Sie war doch recht erschrocken. Was das verwöhnte Kind des Petroleumkönigs Anderson etwa mit einem Mann tun würde, der Bankrott machte. Sie liebte ihn. Er mußte es. Und doch! Ran ließ wohl gerne mit einem Fürsten in der Kutsche, wurde dieser aber zum Bettler, dann sträubte man sich, mit ihm an ein und derselben Karre zu ziehen. So war es schon immer gewesen.

Elemer kam am Nachmittag und versprach, für die letzten zwei Tage Wohnung in der Cottage zu nehmen. Haller war dann ohnedies schon in Hamburg. Der Stefan sah seit vorgestern bei seiner Schwester im Spital und konnte und wollte nicht weg von ihr, da sie im Sterben lag. So war er ganz sein freier Herr.

Das war am Montag gewesen. Am Mittwoch gegen Abend siedelte er dann zu Ballins über. Der Freitag war zur Abreise festgesetzt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Besetzung der Senate mit fünf Richtern sei dringend nötig, ebenso eine Nationalisierung im Prozeßwesen.

Abg. Ohm (Kom.) meint, kein Gebiet fordere so sehr im Zeit die Kritik heraus wie die Justiz.

Abg. Dr. Graefel (Dem.) wendet sich gegen eine allzu burokratische Handhabung der Justiz durch unsere Richter zu fordern sei im übrigen eine bessere Besoldung der Richter und eine Befreiung von der Fülle von Kleinram

Abg. Voh (Voll.) behandelt den Gesetzentwurf über die Auerenung der Synagogengemeinde „Israelitische Religionsgesellschaft“ in Frankfurt a. M. als Körpermann öffentlichen Rechts, den er ablehnt.

Abg. Gasse-Viegnitz (B. Sa.) fordert die Senkung der Notariatsgebühren, Beschleunigung des Geschäftsverkehrs in Zivilsachen und Vereinfachung der Grundbücher. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte müsse erweitert werden.

Abg. Kuttner (Soz.) erklärt, man müsse entschieden dagegen protestieren, daß der juristische Nachwuchs so einseitig wie bisher ausgebildet werde und wendet sich dann scharf gegen Professor Bernhardt, Beklagenswert sei, daß noch immer aus den wichtigsten Gründen Verurteilungen wegen Landbesitzes erfolgten. Das Vertrauen in die Justiz werde erst wieder gehoben werden, wenn die Richterstellen aus allen Teilen der Bevölkerung besetzt würden.

Judizminister Dr. Schmidt

erwidert, die Vereinigung der Grundbücher sei geplant. Die Dauer großer Prozesse, wie z. B. des Barmat-Prozesses, abzukürzen, habe die Justizverwaltung nach Kräften versucht. Er bedauere das Fehlen der Anwälte in den Parlamenten. Die Wünsche nach einer Zusammenlegung der Richterämter aus allen Teilen des Reiches solle er durchaus und er würde es begrüßen, wenn sich auch aus den unteren Volkschichten geeignete Kräfte für das Richteramt fänden.

Abg. Dr. Veerberg (Dnt.) meint, die sogenannten Vertrauenskrise in der Justiz sei so alt wie die Rechtsprechung selbst. Schon 1807 habe Fürst Bismarck seine Unzufriedenheit mit Urteilen bei Ministerkabinet geäußert.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kommen noch die Abgeordneten Dr. Eismann (Str.), Meyer-Hersford (D. Sp.) und Menzel (Kom.) zu Worte.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Die Abstimmungen finden später statt. Zum Schluß nimmt der Landtag noch dem Gesetzentwurf über die israelitische Religionsgesellschaft in Frankfurt a. M. zu.

Nächste Sitzung Montag.

Deutschlands Wirtschaftspolitik.

Statuerde des Reichsministers Curtius. — Die Grundzüge der Konjunkturpolitik.

— Berlin, den 3. März 1928.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums. Der Ausschuss empfiehlt Entschleunigungen, in denen die Regierung erinert wird, Reichsmittel zur Unterstützung von Ausstellungen und Viehen nur unter einheitlicher Leitung des Reichskommissars für das Ausstellungswesen zu verwenden. Weiter wird die Vorlage eines Gesetzes verlannt, durch das der Richtern beim Reichswirtschaftsgericht und Kartellgericht die richterliche Unabhängigkeit gewährleistet wird.

Zur Begründung des Etats nimmt folgende

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

das Wort. Der Minister legt die Grundzüge seiner Konjunkturpolitik dar, die im Jahre 1926 der Aufhebung der Wirtschaft, im Jahre 1927 der Verhütung einer Ueberbelegung der Konjunktur gedient habe. Er sei bestrebt, die Vergebung öffentlicher Aufträge so zu leiten, daß deren Umfang jeweils im ungefähren Verhältnis zu dem Umfang der privaten Aufträge stehe.

Das Deutsche Preisniveau

sei für gemäßigtere Verhältnisse zu hoch. Immerhin beste die gegenwärtige Preisbewegung keinen Anlaß zu besonderer Besorgnis. Die gleichmäßige Entwicklung der Wirtschaft sei besonders im Herbst durch die Kredit- und Vertrauenskrise aus Anlaß des Gilbert-Memorandums gefährdet gewesen. Es habe wochenlang Aufklärung und Kampfe bedurft, um die Gefahr zu bannen. Heute könne man wieder eine ruhigere Auffassung der Lage feststellen. Auslandskapital werde neben eigener Kapitalbildung nach wie vor erforderlich sein. Eine weitere Abdrift nach unten sei nicht möglich.

Eine grundlegende Reform des Kartellwesens könne erst nach Beendigung der Arbeiten des Enqueteausschusses eingeleitet werden. Der Minister kommt dann auf die Zurücknahme der Eisenpreisverordnung zu sprechen. Wichtig sei vor allem, daß die einschneidende Industrie sich verstofflicht habe, vor der Ergreifung von Maßnahmen, die die gemeinsame Eisenwirtschaftspolitik beeinflussen könnten, dem Minister rechtzeitig Mitteilung zu machen. Der Minister fordert dann die Gewährleistung besserer Gemeinschaftsarbeit aller öffentlichen Stellen. Zur Klärung des Problems der Wasserversorgung werde er demnächst alle interessierten Gruppen zusammenberufen. Der Minister legt dann seine Bemerkungen um

Handwerk und Mittelstand

dardar und sucht die Vorgrünisse zu zerstreuen, die aus Anlaß des landwirtschaftlichen Notprogramms aus mittelständischen Kreisen geäußert werden.

Zum Schluß beirät der Minister die Handelspolitik. Die Steigerung der Fallhöhe unserer Handelsbilanz auf 20 Milliarden sei gewiß besorgniserregend, andererseits dürfe man aber nicht vergessen, daß die deutsche Außenhandelsbilanz der Vorkriegszeit ebenfalls passiv gewesen sei. Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, sei das Ergebnis des Ausfuhrgeschäftes im allgemeinen als erfreulicher Fortschritt zu bezeichnen.

Exportförderung und Pflege des Binnenmarktes

brauchten sich nicht anzuschließen. Der Minister erklärt, er habe sich stets für Hilfsmaßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft eingesetzt. Er werde alles unternehmen, was zu deren Nationalisierung und Ertragssteigerung führen könne. Dagegen könne er keine Politik mitmachen, die ihr Teil in der Drängelung der Einfuhr, Protektionismus und Auarität sehe. Die Rückwirkungen solcher Politik auf das deutsche Gesamtvolk einschließlich der Landwirtschaft wären verhängnisvoll. Aufrechterhaltung und Vertiefung des Anschlusses an die Weltwirtschaft sei die Schicksalsfrage für Deutschland und Europa.

In der Debatte

kommt Abg. Heimig (S.) zurück auf die Erklärung des deutsch-nationalen Abg. Dr. Reichert im Haushaltsausschuß, daß bei den Lohnverhandlungen die Arbeitnehmer der Unternehmen eine Erhöhung der Eisenpreise vorge schlagen hätten. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband bestritt dies entschieden, daß von den freien Gewerkschaften eine solche Forderung an die Unternehmer ergangen sei. Die Abdriftung der öffentlichen Kredite durch die Reichsbank führe zu einer allgemeinen Verengung des Kredits.

Abg. Dr. Lehmann (Dnt.) meint, die für unsere Handelspolitik grundlegenden Reichs-Eisenbahnverträge

mit den Vereinigten Staaten und mit England hätten nicht das gehalten, was man von ihnen erwartet habe. Den italienischen Handelschiffen, die praktisch einem Vertriebsbruch gleichkommen, müsse mit entsprechenden Maßnahmen begegnet werden. Wir müssen zu einer dem Bedarf angepaßten Kontingentierung der deutschen Einfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen kommen.

Abg. Dr. Dehauer (Str.) erklärt, jeder deutsche Ernährer einer Familie müsse jährlich von seinem erarbeiteten Verdienst 200 Mark als öffentliche Reparationslasten an das Ausland abgeben. Das Traglast dabei sei, daß noch nicht erkennbar sei, wann diese Last einmal aufhöre.

Danach vertagt das Haus die Wetterberatung auf Montag.

Stillelegung von Großbetrieben.

50 000 Arbeiter durch das Scheitern im Werkzeugmacherkonflikt zum Feiern verurteilt.

Nach der Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks ist es nunmehr in Berlin zu einem neuen Kampf in der Metallindustrie gekommen. Seit mehreren Tagen befinden sich hier die Werkzeugmacher im Streik. Es handelte sich nicht um Lohn-differenzen, sondern um die Frage der Aufrechterhaltung oder Beilegung der Altfordarbeit. Die Werkzeugmacher umfassen zwar nur einen kleinen Teil der Gesamtbelegschaft der Metallindustrie, stellen aber eine hochqualifizierte Arbeitergruppe dar. Sie behaupten, durch das jetzige Altfordsystem dauernd benachteiligt zu sein, forderten die

Festlegung von Tariflöhnen

und vertraten die Ansicht, daß das jetzige Altfordsystem sich durchaus in einen Tarif lösen lasse. Die Metallindustriellen hingegen befürchteten von der Abschaffung der Altfordarbeit eine Verteuerung ihrer Betriebsführung und einen Rückgang der Arbeitsleistung. Da eine Weiterführung der Betriebe ohne die Werkzeugmacher recht schwierig war, kam es zu Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, die jedoch nach zehntägiger Dauer scheiterten.

Dem Abbruch der Verhandlungen folgte am Sonntagabend und Montag die Stillelegung der großen Betriebe der Berliner Metallindustrie. Durch die nach und nach etwa 50 000 Arbeiter in Mitleidenhaft gezogen werden. Um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen, tritt die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller am Montag nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammen.

Die Ortsleitung des Metallarbeiterverbandes will zunächst das Ausmaß der Stillelegungen abwarten. In einer

Eklärung der Siemenswerke

„ird der Metallarbeiterverband für den Konflikt verantwortlich gemacht. Weiter heißt es in der Erklärung: „Die Stillelegung ist keine Aussperrung, sondern eine nicht abwendbare Folge der gewerkschaftlichen Taktik, gerade die Werkzeugmacher aus den Betrieben zu ziehen.“

Schlichtungsverfahren in Lohnfragen der Reichsbahnarbeiter.

— Berlin, 3. März. Die Tarifgewerkschaften der Reichsbahnarbeiter haben eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pfennige und dazu noch höhere Entlohnung der Betriebs- und Verkehrsarbeiter, ferner Erhöhung der Ueberzeitzuschläge und eine besondere Lohnerhöhung auch für die übrigen Gebiete gefordert. Die erhobenen Forderungen bedeuten eine Steigerung der jährlichen Lohnausgaben um über 250 Millionen Mark. Die Reichsbahn hat in den Forderungen keine geeignete Verhandlungsgrundlage erblicken können und sich deshalb sofort mit dem Reichsarbeitsminister wegen Einleitung eines Schlichtungsverfahrens in Verbindung gesetzt.

Die Wahnsinnstat des Farmers.

Ein Mitleidspiegel Lettow-Vorbes. — Die Folgen der Entente-Enteignungen. — Die Familie des Täters fassungsgelost.

Wie wir noch ergänzend erfahren, war Langkopp in jungen Jahren nach den deutschen Kolonien in Afrika gegangen und hatte es hier in harter Arbeit in Südwest und später in Deutsch-Ostafrika zu Wohlstand gebracht. Zwischendurch hat er auch mit der Waffe in der Hand an den Kämpfen gegen die Hottentotten und die Hereros teilgenommen. Ebenso kämpfte er im Burenkrieg gegen England für die Sache der Buren. 1911 holte er aus Deutschland eine Frau nach Ostafrika und wenige Jahre später brach der Weltkrieg aus. Seine Farm grenzte dicht an die britische Kolonie und fiel bereits 1915 den Engländern in die Hände. Langkopp trieb seinen Viehbestand der deutschen Wehrmacht zu und trat dann als Kämpfer in die Truppe Lettow-Vorbes ein. Durch den Verfall der Vertrag wurde das Vermögen der Auslandsdeutschen enteignet, Langkopp verlor nach 22-jähriger harter Arbeit sein ganzes Vermögen von über 100 000 Mark. Er kämpfte dann um seine Abfindung, mußte jedoch wie die anderen Auslandsdeutschen von Jahr zu Jahr warten. Schließlich erkannte man seine Ansprüche bis zum Betrage von 41 000 M. an und gewährte ihm eine Abschlagszahlung von 9000 Mark. Nach dem Kriege war Langkopp nach seiner alten Heimat Danenstem zurückgekehrt und erzeuete sich hier größter Achtung. Als seine Familie von den Vorkämpfern im Reichsentschädigungsamt erfuhr, war sie fassungsgelost.

Der Eindruck der Tat.

Die juchbare Tat des alten Ostafrikaners hat in der Öffentlichkeit größtes Aufsehen erregt. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß ein derartiges Verbrechen, wie es Langkopp begangen hat, aufs allerjüngste verurteilt werden muß! Aber man darf auch nicht übersehen, daß es eine Tat ist, die von der Verzeihung in den Kreisen der enteigneten Auslandsdeutschen Zeugnis ablegt. Die Tat des Farmers Langkopp steht seit

jet dank allein, der Fall des Farmers Langkopp ist dagegen typisch! Die völkerrrechtswidrige Enteignung deutschen Privatvermögens hat Not und Elend über die Auslandsdeutschen gebracht und sie seelisch zermürbt. Ihre Entschädigung durch das Reich erfolgte tropfenweise und ist noch heute — fast zehn Jahre nach Kriegsende — nicht durchgeführt, und nicht zum wenigsten deshalb, weil die Entente sich geweigert hat, die von Deutschland aus rechtlichen und Gründen der nationalen Ehre zu leistenden Entschädigungen an die enteigneten Auslandsdeutschen auf die Daweszahlungen anzurechnen. Hier muß Wandel geschaffen werden, und das schnellst und gründlich!

Wie der Presse mitgeteilt wird, hat sich Langkopp wegen Mordversuches, Raubversuches, Erpressung, unbesugten Waffenbesitzes, Nötigung und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten.

Handelsteil.

— Berlin, den 3. März 1928.

Am Devisenmarkt verlief das Geschäft sehr ruhig. Wesentliche Veränderungen der Devisenkurse waren nicht zu beobachten.

Am Effektenmarkt war die Stimmung anfangs ungünstig, beeinflusst durch die ungeklärte Lage in der Metallindustrie; später trat eine leichte Erholung ein.

Devisenmarkt.

Dollar: 4,1825 (Gold), 4,1905 (Brief), engl. Pfund: 20,40 20,44, holl. Gulden: 168,21 168,55, ital. Lira: 22,095 22,135, franz. Franken: 16,45 16,49, belg. Franken: 58,285 58,405, schweiz. Franken: 80,51 80,67, dän. Krone: 112,04 112,26, schwed. Krone: 112,27 112,49, norm. Krone: 111,39 111,61, tschech. Krone: 12,394 12,414, österr. Schilling: 58,91 59,03, span. Pefo: 70,68 70,77.

Warenmarkt.

Wittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, junst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 234-237 (am 2. 3.: 231-234), Roggen Märk. 242-245 (239-242), Sommergerste 221-280 (221 bis 280), Wintergerste — (—), Hafer Märk. 215-226 (215-226), Mais loco Berlin 226-228 (226-228), Weizenmehl 30,25-34,75 (30-34,50), Roggenmehl 32 bis 34,75 (31,75-34,50), Weizenkleie 15,75 (15,75), Roggenkleie 15,50 (15,50), Raps — (—), Leinöl — (—), Vitoriaerbsen 46-55 (46-55), kleine Speiseerbsen 34-36 (34-36), Futtererbsen 25-27 (25-27), Beluschten 20-20,50 (20-20,50), Ackerbohnen 20,50-21,50 (20,50 bis 21,50), Widen 21-23 (21-23), Lupinen hane 14 bis 14,75 (14-14,75), gelbe 15,25-16 (15,25-16), Geradella 21-23,50 (20,50-23), Rapskuchen 19,50-19,60 (19,50-19,60), Leinsamen 22,70-22,80 (22,70-22,80), Erdnüssen 12,80-13 (12,80-13), Sojabohnen 21,60-22 (21,60-22), Kartoffelstroh 23,70-23,90 (23,70-23,90).

Butterpreise.

Amtliche Berliner Notierungen für Butter im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers: 1. Qualität 190, 2. Qualität 177, abfallende Ware 160 Mark je Zentner. — Tendenz: fest.

Schlachtviehmarkt.

(Amtlich.) Auftrieb: 2573 Rinder (darunter 713 Ochsen, 659 Bullen, 1201 Kühe und Färjen), 2215 Mälder, 6187 Schafe, — Fiegen, 14 194 Schweine, 130 Aufständer-schweine. — Preise für einen Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

| | | | |
|--|---------|-------|--------|
| Ochsen: | | 3. 3. | 29. 2. |
| 1. vollfl., ausgem., höchsten Schlachtwerts | jüngere | 59-61 | 60-62 |
| | ältere | — | — |
| 2. sonstige vollfleischige, jüngere | ältere | 53-56 | 54-57 |
| 3. fleischige | | 47-49 | 48-50 |
| 4. gering genährte | | 37-44 | 38-45 |
| Schafe: | | | |
| 1. jung., vollfl., höchsten Schlachtwerts | | 55-56 | 55-57 |
| 2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete | | 50-52 | 51-53 |
| 3. fleischige | | 47-49 | 48-50 |
| 4. gering genährte | | 43-45 | 44-46 |
| Mälder: | | | |
| 1. jüngere, vollfl., ausg., höchst. Schlachtw. | | 44-45 | 45-46 |
| 2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete | | 32-40 | 33-41 |
| 3. fleischige | | 25-28 | 25-29 |
| 4. gering genährte | | 20-22 | 20-22 |
| Färjen (Mälderinnen): | | | |
| 1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts | | 55-57 | 55-58 |
| 2. vollfleischige | | 47-52 | 48-53 |
| 3. fleischige | | 40-44 | 40-45 |
| Fiegen: | | | |
| 1. mäßig genährtes Jungvieh | | 37-47 | 37-48 |
| Mälder: | | | |
| 1. Doppellender bester Mast | | — | — |
| 2. beste Mast- und Saugläber | | 75-84 | 75-84 |
| 3. mittlere Mast- und Saugläber | | 60-72 | 60-72 |
| 4. geringe Mälder | | 38-53 | 44-55 |
| Schafe: | | | |
| 1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer | | — | — |
| 2. weibliche | | — | — |
| 3. Stallmast | | 57-59 | 58-61 |
| 4. mittlere Mastlämmer, alt. Mastlämmer | | 50-55 | 50-57 |
| 5. gut genährte Schafe | | 49-52 | 50-51 |
| 6. fleischiges Schafvieh | | 40-48 | 40-41 |
| 7. gering genährtes Schafvieh | | 30-36 | 30-37 |
| Schweine: | | | |
| 1. Fett Schweine über 300 Pfund | | 55 | 58-59 |
| 2. vollfleischige von 240-300 Pfund | | 54-55 | 58 |
| 3. vollfleischige von 200-240 Pfund | | 52-54 | 55-58 |
| 4. vollfleischige von 160-200 Pfund | | 50-52 | 53-55 |
| 5. fleischige von 120-160 Pfund | | 47-49 | 50-52 |
| 6. fleischige unter 120 Pfund | | — | — |
| 7. Sauen | | 48-51 | 50-54 |

Die Preise sind Marktpreise für nächstern gedogene Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab. Statt für Frucht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sie als meistentlich über die Stallpreise erheben.

Marktverlauf: Rinder ruhig, Mälder in guter Ware flach, Schafe ruhig, Lämmer in guter Ware flach, Schweine ruhig.

Für die Hausfrau.

Fischsuppe. Den bei einem Fischgericht unverwendbaren Fischkopfe und auch Kräten wirft man nicht fort, sondern setzt diese Teile mit Wasser, ein wenig Salz, einem Stückchen Lorbeerblatt, einer Zwiebel, zwei Gewürzkräutern und einer Petersilienwurzel aufs Feuer und läßt 1/2 Stunde kochen. Dann macht man von einem Stückchen Butter und 2-3 Eßlöffeln Mehl eine helle Mehlsoße (Eindrenne), füllt diese mit der Fischbrühe auf, läßt darin 2-3 Maggi's Fleischbrühwürfel auf und kocht nur durch. Vor dem Anrichten schmeckt man nach Salz ab und zieht die Suppe noch mit einem Eigelb ab.